

Handbuch des Urheberrechts

Loewenheim

3. Auflage 2021
ISBN 978-3-406-72083-3
C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei
[beck-shop.de](https://www.beck-shop.de)

Die Online-Fachbuchhandlung [beck-shop.de](https://www.beck-shop.de) steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.

[beck-shop.de](https://www.beck-shop.de) hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird [beck-shop.de](https://www.beck-shop.de) für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Loewenheim
Handbuch des Urheberrechts


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Handbuch des Urheberrechts

Herausgegeben von

Prof. Dr. Dr. h. c. Ulrich Loewenheim

Frankfurt am Main

Bearbeitet von

Prof. Dr. Ing. Clemens Appl, LL.M., Krems; *Prof. Dr. Bernhard v. Becker*, Rechtsanwalt in München; *Ruth Maria Bousonville*, Rechtsanwältin in Frankfurt; *Prof. Dr. Oliver Castendyk*, Rechtsanwalt in Potsdam; *Dr. Christian Czychowski*, Rechtsanwalt in Berlin; *Dr. Jan Ehrhardt*, Justitiar in Berlin; *Prof. Dr. Hanno Fierdag*, Rechtsanwalt in Berlin; *Prof. Dr. Norbert P. Flechsig*, Rechtsanwalt in Stuttgart; *Prof. Dr. Horst-Peter Götting*, LL.M., Dresden; *Prof. Dr. Bernd Heinrich*, Tübingen; *Prof. Dr. Reto M. Hilty*, München/Zürich; *Prof. Dr. Thomas Hoeren*, Münster; *Philipp Kreuzer*, Rechtsanwalt in München; *Prof. Dr. Matthias Leistner*, LL.M., München; *Prof. Dr. Silke v. Lewinski*, München; *Prof. Dr. Dr. h. c. Ulrich Loewenheim*, Rechtsanwalt in Frankfurt; *Dr. Anke Nordemann-Schiffel*, Rechtsanwältin in Potsdam; *Prof. Dr. Axel Nordemann*, Rechtsanwalt in Berlin; *Prof. Dr. Jan Bernd Nordemann*, LL.M., Rechtsanwalt in Berlin; *Prof. Dr. Eva Inés Obergfell*, Berlin; *Prof. Dr. Ansgar Ohly*, LL.M., München; *Prof. Dr. Alexander Peukert*, Frankfurt; *Dr. Nils Rauer*, Rechtsanwalt in Frankfurt; *Dr. Ulrich Reber*, Rechtsanwalt in München; *Dr. Jan Phillip Rektorschek*, Rechtsanwalt in München; *Dr. Sabine Rojahn*, Rechtsanwältin in München; *Dr. Claudia Rossbach*, Rechtsanwältin in München; *Prof. Dr. Christian Schertz*, Rechtsanwalt in Berlin; *Dr. Anke Schierholz*, Justiziarin in Bonn; *Dr. Gernot Schulze*, Rechtsanwalt in München; *Prof. Dr. Mathias Schwarz*, Rechtsanwalt in München; *David Seiler*, Rechtsanwalt in Cottbus; *Prof. Dr. Gerald Spindler*, Göttingen; *Dr. Robert Staats*, Rechtsanwalt in München/Potsdam; *Prof. Dr. Malte Stieper*, Halle; *Dr. Martin Vogel*, Mitglied der Beschwerdekammern und der Großen Beschwerdekammer des Europäischen Patentamts in München; *Prof. Dr. Michel Walter*, Rechtsanwalt in Wien; *Prof. Dr. Artur-Axel Wandtke*, Rechtsanwalt in Berlin; *Dr. Patrick Zurth*, LL.M., München

3. Auflage 2021


C.H.BECK

Zitiervorschlag (Beispiel):

Staats in: Loewenheim, Handbuch des Urheberrechts, § 54 Rdnr. 2
oder
Loewenheim/*Staats*, Handbuch des Urheberrechts, § 54 Rdnr. 2


DIE FACHBUCHHANDLUNG

www.beck.de

ISBN 978 3 406 72083 3

© 2021 Verlag C. H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Satz, Druck und Bindung: Druckerei C. H. Beck Nördlingen
(Adresse wie Verlag)
Umschlaggestaltung: Druckerei C. H. Beck Nördlingen


chbeck.de/nachhaltig

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort zur 3. Auflage

In den zehn Jahren, die seit dem Erscheinen der 2. Aufl. verstrichen sind, haben sich im Urheberrecht grundlegende Änderungen vollzogen. Vier Urheberrechtsänderungsgesetze, das Gesetz zur verbesserten Durchsetzung des Anspruchs der Urheber und ausübenden Künstler auf angemessene Vergütung und zur Regelung von Fragen der Verlegerbeteiligung von 2016 sowie das Urheberrechts-Wissensgesellschafts-Gesetz, um nur einige gesetzgeberische Maßnahmen zu nennen, haben ebenso wie eine umfangreiche Rechtsprechung dem Urheberrecht in wichtigen Bereichen ein neues Gesicht gegeben. Vor allem aber hat das Unionsrecht die Entwicklung des deutschen Urheberrechts entscheidend beeinflusst. Das gilt nicht nur für gesetzgeberische Maßnahmen in Form einer Reihe von Richtlinien und Verordnungen, zuletzt der DSM-Richtlinie, sondern auch und gerade für die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes, der entscheidenden Einfluss auf die Entwicklung des Werkbegriffs genommen hat und traditionelle Begriffe des deutschen Rechts teils neu geformt hat, etwa den Begriff der Parodie, teils hat obsolet werden lassen, wie das Rechtsinstitut der freien Benutzung, das nach dem Urteil Pelham/Hütter („Metall auf Metall“) in seiner gegenwärtigen Form nicht mehr aufrechterhalten werden kann und dessen Streichung im Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung des Urheberrechts an die Erfordernisse des digitalen Binnenmarktes bereits vorgesehen ist. Weitere Entwicklungen gab es im internationalen Bereich, beispielsweise den Vertrag von Marrakesch, der über die Marrakesch-Richtlinie wiederum eine Ergänzung des deutschen Urheberrechts mit sich brachte. Ebenso haben sich bei der Vertragsgestaltung im Urheberrecht zahlreiche neue Entwicklungen und Änderungen ergeben. All das musste eingefangen und auf den neuesten Stand gebracht werden.

An der Zielsetzung des Handbuchs hat sich nichts geändert. Nach wie vor gilt, dass das Urheberrecht ein oft nicht einfach zu überschauendes Rechtsgebiet ist, gerade auch für die praktische Arbeit, und dass auf wissenschaftlicher Grundlage eine umfassende Gesamtdarstellung des Urheberrechts gegeben werden soll, die insbesondere bei der praktischen Arbeit im Urheberrecht und der Vertragsgestaltung eine Hilfe bietet.

Auch in ihrem Aufbau folgt die 3. Auflage den Voraufgaben. Wie bisher gliedert sich das Handbuch sich in drei Hauptteile. In seinem ersten Teil behandelt es die Grundlagen des Urheberrechts. Es soll hier nicht einen Kommentar oder ein ausführliches Lehrbuch ersetzen, sondern einen Überblick über die Zusammenhänge vermitteln, der es auch dem weniger erfahrenen Benutzer ermöglicht, sich in die dogmatischen und praktischen Grundlagen des deutschen, europäischen und internationalen Urheberrechts einzuarbeiten, wobei die Besonderheiten des österreichischen und schweizerischen Rechts berücksichtigt werden. Der Schwerpunkt des Handbuchs liegt in seinem zweiten Teil, der Vertragsgestaltung im Urheberrecht. Es werden die wesentlichen Vertragstypen im Urheberrecht dargestellt und ihre Regelungsinhalte und -probleme behandelt. Der Benutzer soll hier mit den Fragen vertraut gemacht werden, die er bei der Abfassung urheberrechtlicher Verträge zu berücksichtigen hat und auf die bestehenden Gestaltungsmöglichkeiten hingewiesen werden. Angesichts der Vielgestaltigkeit von Urheberrechtsverträgen sind Vertragsmuster grundsätzlich nicht aufgenommen worden, sondern es wird insoweit auf die Formularbücher verwiesen. Der dritte Teil des Handbuchs behandelt die urheberrechtlichen Ansprüche und ihre Durchsetzung einschließlich der urheberrechtsspezifischen verfahrensrechtlichen Fragen.

Veränderungen haben sich auch im Kreis der Autoren ergeben, nicht zuletzt bedingt durch den Zeitablauf seit der 2. Auflage. Ausgeschieden sind Adolf Dietz, Rolf Dünnwald, Paul Katzenberger, Michael Lehmann, Ferdinand Melichar, Wilhelm Nordemann, Gerhard

Vorwort

Pfennig, Sybille Schlatter und Kai Vinck. Ihnen allen sei Dank für ihre bisherige Mitarbeit gesagt. Eine Reihe prominenter Autoren konnte hinzugewonnen werden. Dies sind Clemens Appl, Ruth Maria Bousonville, Jan Ehrhardt, Hanno Fierdag, Bernd Heinrich, Matthias Leistner, Inés Obergfell, Ansgar Ohly, Nils Rauer, Anke Schierholz, David Seiler, Gerald Spindler, Robert Staats, Malte Stieper und Artur Axel Wandtke. Sie haben die Gebiete bearbeitet, auf denen ihre besonderen urheberrechtlichen Schwerpunkte liegen. Herausgeber und Verlag danken auch diesmal allen Autoren für die Bereitschaft, ihre Erfahrungen in dieses Werk einzubringen und für ihr großes Engagement bei der Durchführung der dritten Auflage. Das Register wurde vom Verlag bearbeitet, auch hierfür sei ihm Dank gesagt.

Frankfurt, im Herbst 2020

Ulrich Loewenheim



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Inhaltsverzeichnis	XI
Bearbeiterverzeichnis	LXI
Abkürzungsverzeichnis	LXIII
Literaturverzeichnis	LXXIII
Urheberrechtsgesetz vom 9. September 1965	LXXVII

1. Teil. Grundlagen des Urheberrechts

1. Kapitel. Urheberrecht

1. Abschnitt: Allgemeine Fragen

§ 1 Gegenstand, Zweck und Bedeutung des Urheberrechts	1
§ 2 Geschichte und Quellen des Urheberrechts	5
§ 3 Verhältnis des Urheberrechts zu anderen Rechtsgebieten	24
§ 4 Urheberrechtliche Grundbegriffe in vergleichender Sicht	48

2. Abschnitt: Das geschützte Werk

§ 5 Übersicht	62
§ 6 Schutzvoraussetzungen	64
§ 7 Schutzgegenstand	76
§ 8 Schutzzumfang	80
§ 9 Die Werkarten	93

3. Abschnitt: Die Urheberschaft

§ 10 Der Urheber	222
§ 11 Miturheberschaft und Werkverbindungen	224
§ 12 Filmurheber und Urheber vorbestehender Werke	233
§ 13 Urheber in Arbeits- oder Dienstverhältnissen	247
§ 14 Vermutung der Urheberschaft	253

4. Abschnitt: Das Urheberpersönlichkeitsrecht

§ 15 Grundlagen des Urheberpersönlichkeitsrechts	258
§ 16 Die einzelnen Urheberpersönlichkeitsrechte	267
§ 17 Zugang zu Werkstücken (§ 25 UrhG)	304
§ 18 Das Recht am eigenen Bild	307

5. Abschnitt: Die Verwertungsrechte

§ 19 Übersicht zu den Verwertungsrechten	349
§ 20 Rechte zur körperlichen Verwertung	352
§ 21 Rechte zur unkörperlichen Verwertung	382

Übersicht

6. Abschnitt: Schutzdauer, Übertragbarkeit und Vererbung des Urheberrechts

§ 22	Schutzdauer des Urheberrechts	420
§ 23	Übertragbarkeit und Vererblichkeit des Urheberrechts	436

7. Abschnitt: Urhebervertragsrecht

§ 24	Überblick über das Urhebervertragsrecht	443
§ 25	Das System der Nutzungsrechte	445
§ 26	Entstehung und Erlöschen von Nutzungsrechten	453
§ 27	Beschränkte Einräumung von Nutzungsrechten	479
§ 28	Übertragung von Nutzungsrechten	485
§ 29	Vergütung von Nutzungsrechten	493

8. Abschnitt: Schranken des Urheberrechts

§ 30	Übersicht über die Schranken des Urheberrechts (auch §§ 62, 63)	535
§ 31	Amtliche Werke (§ 5)	545
§ 32	Vervielfältigung zum eigenen Gebrauch (§ 53)	552
§ 33	Freiheit der Information und Berichterstattung (§§ 48, 49, 50, 55)	566
§ 34	Zitatfreiheit (§ 51)	583
§ 35	Nutzungen für Unterricht, Wissenschaft und Institutionen (§§ 60a–60h)	594
§ 36	Nutzungen für Rechtspflege, öffentliche Sicherheit, in Schulen, für religiöse Zwecke und durch Behinderte (§§ 45, 45a, 46, 47)	616
§ 37	Verwaiste Werke (§§ 61–61c)	623
§ 38	Sonstige Schranken (§§ 44a, 52, 55a, 56, 57, 58, 59, 60)	629

9. Abschnitt: Technische Schutzmaßnahmen

§ 39	Übersicht zu technischen Schutzmaßnahmen	646
§ 40	Schutz technischer Maßnahmen	657
§ 41	Schutz der zur Rechtswahrnehmung erforderlichen Informationen	670
§ 42	Begrenzung technischer Maßnahmen	676

2. Kapitel. Leistungsschutzrechte

§ 43	Schutz von Lichtbildern	693
§ 44	Schutz des ausübenden Künstlers	708
§ 45	Schutz des Veranstalters	776
§ 46	Schutz des Herstellers von Tonträgern	782
§ 47	Schutz des Sendeunternehmens	811
§ 48	Schutz des Filmherstellers	848
§ 49	Leistungsschutz von Datenbanken	867
§ 50	Sonstige verwandte Schutzrechte	906

3. Kapitel. Verwertungsgesellschaften

§ 51	Allgemeines	921
§ 52	Die einzelnen Verwertungsgesellschaften, ihre Aufgabenbereiche und Zusammenschlüsse	939
§ 53	Rechtsbeziehungen zu den Berechtigten	950
§ 54	Rechtsbeziehungen zu den Nutzern	989
§ 55	Erledigung von Streitfällen	1026
§ 56	Erlaubnispflicht und Aufsicht	1044

Übersicht

4. Kapitel. Besonderheiten des österreichischen und schweizerischen Rechts

§ 57	Österreich	1061
§ 58	Schweiz	1143

5. Kapitel. Europäisches und Internationales Urheberrecht

1. Abschnitt: Europäisches Urheberrecht

§ 59	Übersicht zum europäischen Urheberrecht	1197
§ 60	Die europäischen Richtlinien	1199
§ 61	Die Regeln über den freien Waren- und Dienstleistungsverkehr	1230
§ 62	Die Wettbewerbsregeln	1236

2. Abschnitt: Internationales Urheberrecht

§ 63	Grundlagen	1250
§ 64	Anwendbares Recht	1299

2. Teil. Vertragsgestaltung im Urheberrecht

1. Kapitel. Allgemeine Grundsätze

§ 65	Arten von Urheberrechtsverträgen	1487
§ 66	Art und Umfang der Rechtseinräumung	1495
§ 67	Vereinbarungen über die Gegenleistung	1522
§ 68	Gewährleistung und Haftung	1528
§ 69	Sonderfragen bei Arbeits- und Dienstverhältnissen	1538

2. Kapitel. Einzelne Vertragsarten

§ 70	Verlagsverträge über belletristische Werke	1571
§ 71	Verlagsverträge über wissenschaftliche Werke und Sachbücher	1619
§ 72	Übersetzerverträge	1636
§ 73	Presseverträge	1647
§ 74	Musikverlagsverträge	1672
§ 75	Tonträgerherstellungsverträge und benachbarte Musikverträge	1700
§ 76	Verträge über Werke der bildenden Kunst	1737
§ 77	Verträge über Werke der Baukunst	1800
§ 78	Bühnenverträge	1837
§ 79	Verträge über Lichtbildwerke und Lichtbilder	1888
§ 80	Filmverträge	1925
§ 81	Sendeverträge	2026
§ 82	Verträge über Computerprogramme	2114
§ 83	Datenbankverträge	2219
§ 84	Merchandisingverträge	2235

3. Teil. Urheberrechtliche Ansprüche und ihre Durchsetzung

1. Kapitel. Zivilrechtliche Ansprüche

1. Abschnitt: Vertragliche Ansprüche

§ 85	Vertragliche Ansprüche	2255
------	------------------------------	------

Übersicht

2. Abschnitt: Verletzungsansprüche

§ 86	Ansprüche aus Verletzung des Urheber- oder Leistungsschutzrechts	2265
§ 87	Ansprüche aus der Verletzung technischer Schutzmaßnahmen	2341
§ 88	Ansprüche aus der Verletzung anderer Immaterialgüterrechte	2354
§ 89	Wettbewerbsrechtliche Ansprüche	2388

3. Abschnitt: Gesetzliche Vergütungsansprüche

§ 90	Übersicht zu den gesetzlichen Vergütungsansprüchen	2398
§ 91	Vergütung für Vervielfältigungen zum eigenen Gebrauch	2406
§ 92	Die Vermiet- und Verleihtantieme	2422
§ 93	Das Folgerecht	2441
§ 94	Sonstige Vergütungsansprüche	2449

2. Kapitel. Straf- und Bußgeldvorschriften

§ 95	Strafvorschriften	2473
§ 96	Bußgeldvorschriften	2514

3. Kapitel. Rechtsdurchsetzung und Verfahren

1. Abschnitt: Zivilverfahren

§ 97	Zuständigkeit der Gerichte und anwaltliche Vertretung	2523
§ 98	Einstweilige Verfügung	2540
§ 99	Hauptsacheverfahren	2569
§ 100	Zwangsvollstreckung, Insolvenz, Bestellung von Sicherheiten	2600

2. Abschnitt: Strafverfahren

§ 101	Strafverfahren	2661
§ 102	Bußgeldverfahren	2678

Sachregister	2883
---------------------------	------

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII
Bearbeiterverzeichnis	LXI
Abkürzungsverzeichnis	LXIII
Literaturverzeichnis	LXXIII
Urheberrechtsgesetz vom 9. September 1965	LXXVII

1. Teil. Grundlagen des Urheberrechts

1. Kapitel. Urheberrecht

1. Abschnitt. Allgemeine Fragen

§ 1 Gegenstand, Zweck und Bedeutung des Urheberrechts	1
A. Gegenstand des Urheberrechts	1
B. Zweck des Urheberrechts	3
C. Bedeutung des Urheberrechts	4
§ 2 Geschichte und Quellen des Urheberrechts	5
A. Geschichte des Urheberrechts	8
I. Das Zeitalter der Privilegien	9
1. Zum Wesen des Privilegs	9
2. Wandel der wirtschaftlichen Verhältnisse auf dem Buchmarkt	9
II. Von der Begründung eines subjektiven Privatrechts zu den ersten Urheberrechtsgesetzen	10
1. Geistiges Eigentum	10
2. Rechtsdogmatische Fortentwicklung	11
III. Gesetzgebung im 19. Jahrhundert	12
1. Bundesversammlung und preußisches Gesetz von 1837	12
2. Gesetzgebung von 1870/1876	12
3. Die Internationalisierung des Urheberrechts	13
IV. Die Urheberrechtsentwicklung im 20. Jahrhundert	13
1. LUG, Verlagsgesetz und KUG von 1901/1907	13
2. Weitere Reformbestrebungen	14
3. Das Urheberrechtsgesetz von 1965 und seine Novellierungen	15
B. Quellen des Urheberrechts	18
I. Verfassungsrechtlicher Schutz des Urheberrechts	18
II. Das Recht der Europäischen Union als Rechtsquelle des Urheberrechts	19
1. Primäres Unionsrecht	19
2. Sekundäres Unionsrecht	19
III. Die gesetzlichen Grundlagen des Urheberrechtsschutzes	20
1. Urheberrechtsgesetz und Urheberrechtswahrnehmungsgesetz	20
2. Individuelles und kollektives Urhebervertragsrecht	21
3. Gesetzesänderungen	22
IV. Konventionsrecht	23
§ 3 Verhältnis des Urheberrechts zu anderen Rechtsgebieten	24
A. Urheberrecht und Verfassungsrecht	24
B. Urheberrecht und Bürgerliches Recht	27

Inhalt

C. Urheberrecht und gewerbliche Schutzrechte	29
I. Übersicht	29
II. Patent- und Gebrauchsmusterrecht	30
III. Designrecht	32
IV. Markenrecht	38
D. Urheberrecht und Recht gegen den unlauteren Wettbewerb	39
E. Urheberrecht und Recht gegen Wettbewerbsbeschränkungen	42
I. Übersicht	42
1. Schutzzweck im Urheberrecht und Kartellrecht	42
2. Grundsätzliche Anwendbarkeit	43
II. Besondere Tatbestände des Urheberrechts im Kartellrecht	44
1. Verwertungsgesellschaften	44
2. Preisbindung für Verlagszeugnisse	45
3. Zwangslizenzen	46
III. Anwendung der allgemeinen kartellrechtlichen Vorschriften	47
1. Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung	47
2. Kartellverbot	47
§ 4 Urheberrechtliche Grundbegriffe in vergleichender Sicht	48
A. Der Urheber und sein Werk	48
I. Der Urheber	48
II. Werkbegriff	50
B. Schutz und Verwertung des Werks	52
I. Schutz des Urhebers und Persönlichkeitsrecht	52
II. Nutzungsrechte	54
III. Schranken	55
IV. Räumliche und zeitliche Anwendbarkeit des Urheberrechts	56
C. Veröffentlichung und Erscheinen	57
D. Verwandte Schutzrechte	58
2. Abschnitt. Das geschützte Werk	
§ 5 Übersicht	62
A. Übersicht über die Schutzvoraussetzungen	62
B. Der Werkbegriff als Anknüpfungspunkt des Urheberrechtsschutzes	63
§ 6 Schutzvoraussetzungen	64
A. Werke der Literatur, Wissenschaft und Kunst	65
B. Unionsrechtlicher Rahmen: Europäischer Werkbegriff und Schutzgegenstand	66
I. Rechtsprechung des EuGH zum europäischen Werkbegriff	66
II. Schutzgegenstand, Teilwerkschutz und freie Benutzung	69
C. Persönliche (eigene) geistige Schöpfung	69
I. Allgemeines	69
II. Voraussetzungen	70
1. Persönliche Schöpfung	70
2. Geistiger Gehalt	71
3. Wahrnehmbare Formgestaltung	71
4. Individualität	72
III. Unerhebliche Merkmale	73
1. Neuheit	73
2. Zweck der Gestaltung	74
3. Qualität und Quantität	75
4. Aufwand und Kosten	76
§ 7 Schutzgegenstand	76
A. Grundsatz	77
B. Kein Schutz der Methode des Schaffens oder bloßer Konzepte	77
C. Schutz der Idee	78

Inhalt

D. Form und Inhalt	78
E. Schutz von Werkteilen	79
F. Schutz des Werktitels	79
§ 8 Schutzzumfang	80
A. Ausgangspunkt	81
B. Bearbeitungen und Umgestaltungen	82
I. Übersicht	82
II. Fälle der Bearbeitung	83
III. Zustimmungspflichtigkeit	83
C. Freie Benutzung	84
I. Übersicht	84
II. Europarechtlicher Rahmen	84
III. Voraussetzungen nach bisherigem deutschem Recht	85
IV. Sonderregelung für Melodienschutz	87
V. Fallgruppen und Einzelfragen	88
1. Parodie	88
2. Fortsetzungswerke	89
3. Übertragung in eine andere Kunstform	89
4. Dramatisierung oder Verfilmung	90
5. Bearbeitungen von Werken der bildenden Künste	90
D. Plagiat, unbewusste Entlehnung und Doppelschöpfung	90
I. Plagiat	90
II. Unbewusste Entlehnung	91
III. Doppelschöpfung	92
§ 9 Die Werkarten	93
A. Sprachwerke	95
I. Übersicht und historische Entwicklung	96
II. Sprachbegriff	97
1. Definition	97
2. Beispiele und Grenzfälle	98
III. Werkbegriff	99
1. Individualität	99
2. Gestaltungshöhe	101
3. Grenzfälle	104
IV. Abgrenzung zu anderen Werkarten	105
1. Musikwerke	105
2. Werke der bildenden Kunst	105
3. Filmwerke	105
4. Darstellungen wissenschaftlicher oder technischer Art	106
5. Sammelwerke, Datenbanken	106
6. Multimediawerke	106
7. Internet-Auftritte	107
V. Urheberrechtlicher Schutz des Werktitels	107
B. Computerprogramme	107
I. Übersicht	110
1. Historische Entwicklung	110
2. Nationale und internationale Rechtsquellen	111
3. Systematik der §§ 69a ff. UrhG	112
4. Der Schutz von Computerprogrammen außerhalb des Urheberrechts	112
II. Schutzgegenstand	113
1. Keine gesetzliche Definition von „Computerprogramm“	113
2. Schutzvoraussetzungen (Überblick)	114
3. Nicht schutzfähige Elemente	116
III. Urheberschaft, insbesondere angestellte Programmierer	117
IV. Rechte an Computerprogrammen	119
1. Vorbemerkung zu den §§ 69c bis 69e UrhG	119

Inhalt

2. Ausschließlichkeitsrechte des Urhebers	119
3. Schranken und Mindestrechte der Nutzer	128
C. Musikwerke	136
I. Historische Entwicklung	137
II. Musikbegriff	137
III. Musikalische Gestaltungselemente	138
IV. Persönliche geistige Schöpfung	138
V. Abgrenzung zu anderen Werkarten	141
VI. Musikalische Bearbeitungen	142
1. Schutzfähigkeit der Bearbeitung	142
2. Unwesentliche Bearbeitung i. S. d. § 3 S. 2 UrhG	143
3. Coverversionen, Remixes, Sampling, Soundalike	143
D. Choreografische und pantomimische Werke	145
I. Überblick	145
1. Historische Entwicklung des Schutzes choreografischer und pantomimischer Werke	145
2. Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen choreografischen und pantomimischen Werken	148
II. Choreografie und Musik	150
III. Choreograf als Theaterregisseur und Librettist	151
IV. Choreograf und Tänzer	152
V. Bühnenarbeitsvertrag	153
VI. Honorarvertrag	153
VII. Originalchoreografie und Bearbeitung	154
VIII. Abgrenzungsfragen	155
IX. Internationaler und europäischer Schutz	156
X. Urheberrechte des Choreografen und die VG-Bild-Kunst	157
E. Werke der bildenden Kunst, der Baukunst und der angewandten Kunst	157
I. Kunst	158
1. Urheberrechtlich geschützte Kunst	158
2. Anforderungen an die Schutzfähigkeit	159
3. Änderung der Rechtsprechung	160
II. Werke der bildenden Kunst	161
1. Überschneidungen mit anderen Werkarten	161
2. Präsentation als Kunst	162
3. Geringe Anforderungen	162
4. Abgrenzung zur angewandten Kunst	164
III. Werke der angewandten Kunst	164
1. Auswirkung des Gebrauchszwecks	164
2. Beispiele	166
IV. Werke der Baukunst	169
1. Schutzvoraussetzungen	170
2. Beispiele	170
V. Entwürfe	172
F. Lichtbildwerke	172
I. Übersicht und historische Entwicklung	173
II. Lichtbildbegriff	174
III. Werkbegriff	174
1. Persönliche Schöpfung	174
2. Individualität	175
3. Gestaltungshöhe	177
4. Grenzfragen	178
IV. Abgrenzung zu anderen Werkarten	179
1. Werke der bildenden Kunst	179
2. Filmwerke	179
3. Darstellungen wissenschaftlicher oder technischer Art	180
V. Rechtsinhaberschaft	181
G. Filmwerke	181
I. Übersicht und historische Entwicklung	182
II. Filmbegriff	184

Inhalt

III. Werkbegriff	184
1. Vorbestehende Werke	185
2. Schöpferische Gestaltung eines Filmwerkes	185
3. Gestaltungshöhe	186
IV. Filmurheber	188
V. Abgrenzung zu anderen Werkarten	189
1. Sprachwerke	189
2. Computerprogramme	190
3. Werke der bildenden Kunst	190
4. Lichtbildwerke	191
5. Multimediawerke	191
VI. Rechtsinhaberschaft	191
H. Darstellungen wissenschaftlicher oder technischer Art	192
I. Schutzgegenstand	192
1. Schutz der Darstellungsweise	192
2. Überschneidungen mit anderen Werkarten	193
II. Schutzvoraussetzungen	194
III. Beispiele	195
1. Baupläne, Bebauungspläne	195
2. Bildzeichen, Piktogramme	195
3. Elektronisch geschaffene Darstellungen	196
4. Formulare, Tabellen, Register, Verzeichnisse	196
5. Karten, Stadtpläne	196
6. Lehr- und Lernmittel	198
7. Plastische Darstellungen	198
8. Technische Zeichnungen	198
I. Bearbeitungen und andere Umgestaltungen	199
I. Überblick	199
1. Bedeutung der Bearbeitung im Urheberrecht	199
2. Terminologie	199
II. Die Abgrenzung zur Vervielfältigung und freien Benutzung	200
III. Unvollendete Werke	201
IV. Schutzvoraussetzungen	202
V. Das Bearbeiterurheberrecht	204
J. Sammelwerke	205
I. Übersicht	205
II. Schutzvoraussetzungen	206
III. Das Urheberrecht am Sammelwerk	208
IV. Das Sammelwerk als Unternehmen	209
K. Datenbankwerke	210
I. Übersicht	210
II. Schutz von Datenbankwerken	211
1. Allgemeine begriffliche Voraussetzungen	211
2. Spezifische begriffliche Voraussetzungen	211
3. Zentrale Schutzvoraussetzung: Individualität	212
III. Das Urheberrecht am Datenbankwerk	213
1. Schutzgegenstand	213
2. Rechtsinhaberschaft	214
3. Rechte des Urhebers	214
IV. Urheber- und Leistungsschutzrechte an den in die Datenbank aufgenommenen Elementen	216
L. Werke im Internet	216
I. Multimedia-Werke und Werke im Internet	217
II. Katalog des § 2 Abs. 1 UrhG	217
III. Beispiele	219
1. Computerprogramm, Bildschirmdarstellung und Benutzeroberfläche	219
2. Webseiten	220
3. Datenbankwerke	220
4. Computerspiele	221
5. Werke in Sozialen Medien	221

Inhalt

3. Abschnitt. Die Urheberschaft

§ 10 Der Urheber	222
A. Der Werkschöpfer	222
B. Der Schöpfungsakt	223
C. Beteiligung mehrerer Personen an der Schöpfung	223
§ 11 Miturheberschaft und Werkverbindungen	224
A. Übersicht	225
B. Miturheber	226
I. Voraussetzungen	226
1. Gemeinschaftlichkeit der Werkschöpfung	226
2. Unmöglichkeit gesonderter Verwertung	227
II. Rechtsfolgen	227
1. Gesamthandsgemeinschaft	227
2. Veröffentlichung und Verwertung	228
3. Änderungen	229
4. Verteilung der Erträge	229
5. Verfolgung von Rechtsverletzungen	229
C. Werkverbindung	230
I. Voraussetzungen	231
II. Rechtsfolgen	232
1. Gesellschaft Bürgerlichen Rechts	232
2. Einwilligung zur Veröffentlichung, Verwertung und Änderung	232
§ 12 Filmurheber und Urheber vorbestehender Werke	233
A. Abgrenzung zwischen vorbestehenden Werken und Beiträgen der Filmurheber	234
B. Die Urheber vorbestehender Werke	235
I. Die filmunabhängigen und filmbestimmten vorbestehenden Werke	235
II. Filmunabhängige vorbestehende Werke	235
III. Filmbestimmte vorbestehende Werke	236
IV. Verwendung vorbestehender Werke zur Filmherstellung	238
C. Die Filmurheber	239
I. Begriff des Filmurhebers	239
II. Einzelne Berufsgruppen	239
III. Ausübende Künstler als Filmurheber	241
IV. Der Filmhersteller als Filmurheber	241
V. Urheber filmbestimmter vorbestehender Werke als Filmurheber	242
D. Die Rechtsverhältnisse zwischen den beteiligten Urhebern	244
I. Rechtsverhältnis zwischen Urhebern vorbestehender Werke untereinander sowie zwischen Filmurhebern und Urhebern vorbestehender Werke	244
II. Rechtsverhältnis der Filmurheber zueinander	245
1. Werkverbindung	245
2. Miturheberschaft	245
3. Miturhebergesellschaft	247
§ 13 Urheber in Arbeits- oder Dienstverhältnissen	247
A. Schöpferprinzip	249
B. Arbeitnehmerurheber und Urheber in Dienstverhältnissen	250
I. Arbeitnehmer	250
II. Arbeitnehmerähnliche Personen	250
III. Beamte	250
IV. Wissenschaftler	251
V. Freie Mitarbeiter	251
C. Anwendung des Urhebervertragsrechts in Dienst- und Arbeitsverhältnissen	251
I. Pflicht zur Nutzungsrechtseinräumung an den Arbeitgeber und Dienstherrn	251
II. Gesetzlicher Übergang von Nutzungsrechten an Computerprogrammen	252

Inhalt

§ 14 Vermutung der Urheber- oder Rechtsinhaberschaft	253
A. Übersicht	253
B. Vermutungswirkung der Urheberbezeichnung (Abs. 1)	254
I. Urheberbezeichnung	254
II. Vermutungswirkung	255
1. Voraussetzungen	255
2. Umfang	255
C. Vermutungswirkung der Herausgeber- oder Verlegerbezeichnung (Abs. 2)	256
D. Vermutungswirkung zugunsten von Inhabern ausschließlicher Nutzungsrechte (Abs. 3)	256

4. Abschnitt. Das Urheberpersönlichkeitsrecht

§ 15 Grundlagen des Urheberpersönlichkeitsrechts	258
A. Strukturmerkmale des UPR	259
I. Gegenstand des Urheberpersönlichkeitsrechts	259
II. Schutzbereich und Interessenabwägung	260
III. Vereinbarungen über das UPR	261
IV. Vererblichkeit	264
V. Ansprüche bei Verletzungen des UPR	265
B. Persönlichkeitsschutz von Leistungsschutzberechtigten	265
C. Internationalrechtliche Dimension	266

§ 16 Die einzelnen Urheberpersönlichkeitsrechte	267
A. Das Veröffentlichungsrecht (§ 12 UrhG)	269
I. Zweck und Anwendungsbereich	269
II. Das Erstveröffentlichungsrecht nach § 12 Abs. 1 UrhG	270
1. Ob und Wie der Veröffentlichung	270
2. Ausübung und Erlöschen des Veröffentlichungsrechts	272
3. Interessenabwägung und Wahrnehmung berechtigter Interessen	274
III. Das Recht der ersten öffentlichen Inhaltsmitteilung oder Inhaltsbeschreibung gem. § 12 Abs. 2 UrhG	275
B. Anerkennung der Urheberschaft	277
I. Zweck und Anwendungsbereich	277
II. Das Recht auf Anerkennung der Urheberschaft (§ 13 S. 1 UrhG)	278
1. Urheberschaftsanmaßung	278
2. Urheberschaftsleugnung	279
3. Kein allgemeines Namensnennungsrecht bzw. Namensnennungsverbot	280
4. Rechtsfolgen eines Verstoßes gegen § 13 S. 1 UrhG	281
III. Die Befugnis zur Bestimmung der Urheberbezeichnung (§ 13 S. 2 UrhG)	283
1. Urheberbezeichnung des Werkes	283
2. Vereinbarungen über die Urheberbezeichnung	284
C. Schutz gegen Entstellungen des Werkes	289
I. Die Regelung des Integritätsschutzes im UrhG	289
II. Der Tatbestand des § 14 UrhG im Einzelnen	291
1. Entstellung oder andere Beeinträchtigung	291
2. Eignung zur Interessengefährdung	294
3. Interessenabwägung	295
4. Einzelfälle nach Werkkategorien	296
III. Rechtsfolgen von Verstößen gegen § 14 UrhG	299
D. Das Rückrufsrecht wegen gewandelter Überzeugung	300

§ 17 Zugang zu Werkstücken (§ 25 UrhG)	304
A. Der persönlichkeitsrechtliche Gehalt des Zugangsrechts	304
B. Voraussetzungen der Geltendmachung	305
C. Umfang der Verpflichtung zur Zugänglichmachung	305
D. Grundsätze der Interessenabwägung	306

Inhalt

§ 18 Das Recht am eigenen Bild	307
A. Allgemeines – Rechtsnatur	309
B. Die Anwendbarkeit des KUG neben der DSGVO	310
C. Der Verbotstatbestand des § 22 KUG	311
I. Der Begriff des Bildnisses	311
II. Anfertigen von Bildnissen	314
III. Verbreiten und öffentliches Zurschaustellen von Bildnissen	315
IV. Die Einwilligung des Abgebildeten	316
1. Rechtsnatur der Einwilligung	316
2. Art und Umfang der Einwilligung	317
3. Widerrufbarkeit der Einwilligung	318
4. Einwilligung nach dem Tod des Abgebildeten	319
D. Einschränkungen des Bildnisschutzes gem. § 23 KUG	320
I. Bildnisse aus dem Bereich der Zeitgeschichte (§ 23 Abs. 1 Nr. 1 KUG)	320
1. Einführung	320
2. Informationszweck	321
3. Bereich der Zeitgeschichte	324
II. Bilder einer Landschaft oder Örtlichkeit mit Personen als Beiwerk (§ 23 Abs. 1 Nr. 2 KUG)	336
III. Bilder von Versammlungen, Aufzügen und ähnlichen Vorgängen (§ 23 Abs. 1 Nr. 3 KUG)	336
IV. Bildnisse, die einem höheren Interesse der Kunst dienen (§ 23 Abs. 1 Nr. 4 KUG)	339
1. Bisherige tatsächliche Bedeutung des § 23 Abs. 1 Nr. 4 KUG	339
2. Der Tatbestand des § 23 Abs. 1 Nr. 4 KUG	341
V. Verletzung berechtigter Interessen nach § 23 Abs. 2 KUG	342
E. § 24 KUG – Ausnahme im öffentlichen Interesse	346
F. Rechtsfolgen der Verletzung des Rechts am eigenen Bild	347

5. Abschnitt. Die Verwertungsrechte

§ 19 Übersicht zu den Verwertungsrechten	349
A. Wesen und Zweck der Verwertungsrechte	349
B. Die gesetzliche Ausgestaltung der Verwertungsrechte	350
C. Grenzen der Verwertungsrechte	351
§ 20 Rechte zur körperlichen Verwertung	352
A. Das Vervielfältigungsrecht	352
I. Übersicht	353
II. Vervielfältigung	354
1. Begriff der Vervielfältigung	354
2. Digitale Vervielfältigung	356
III. Übertragung auf Bild- oder Tonträger (Abs. 2)	360
B. Das Verbreitungsrecht	361
I. Übersicht	362
II. Verbreitung	363
1. Körperliche Werkstücke	363
2. Verbreitungshandlung	363
3. Das Verbreitungsrecht	366
III. Erschöpfung	369
1. Übersicht	369
2. Voraussetzungen	371
3. Erschöpfungswirkung	374
C. Das Vermiet- und Verleihrecht	374
I. Übersicht	374
II. Das Vermietrecht	375
III. Das Verleihrecht	376
D. Das Ausstellungsrecht	377
I. Allgemeines	377

Inhalt

II. Schutzvoraussetzungen	378
1. Gegenstand des Ausstellungsrechts	378
2. Unveröffentlichte Werke	379
3. Öffentliche Zurschaustellung	379
III. Schutzzumfang	379
IV. Recht an der Ausstellung	381
§ 21 Rechte zur unkörperlichen Verwertung	382
A. Übersicht	383
B. Öffentlichkeit	384
I. Anwendungsbereich der Definition	385
II. Der Tatbestand der Öffentlichkeit	385
1. Mehrzahl von Mitgliedern der Öffentlichkeit	386
2. Bestimmtheit	386
3. Ungeschriebene Tatbestandsmerkmale	387
4. Erwerbszwecke	389
5. Anderes technisches Verfahren oder neues Publikum	389
6. Ausnahme der persönlichen Verbundenheit	389
C. Das Vortragsrecht (§ 19 Abs. 1 UrhG)	391
I. Der Tatbestand des Vortragsrechts	391
II. Musikalische/bühnenmäßige Darstellung von Sprachwerken	392
D. Das Aufführungsrecht (§ 19 Abs. 2 UrhG)	392
I. Musikalische Aufführung	393
II. Bühnenmäßige Aufführung	393
III. Abgrenzung bei Musikwerken	394
E. Das Vorführungsrecht (§ 19 Abs. 4 UrhG)	394
I. Der Tatbestand des Vorführungsrechts	394
II. Vorführungsrecht an Musik- und Sprachwerken	395
F. Übertragung in andere Räume (§ 19 Abs. 3 UrhG)	395
I. Anwendungsbereich	396
II. Abgrenzung von anderen Wiedergabearten	396
G. Das Recht der öffentlichen Zugänglichmachung (§ 19a UrhG)	397
I. Problemdarstellung	397
II. Die bisherige nationale Rechtslage	398
III. Einzelheiten zu § 19a UrhG	399
1. Internationale Ebene	399
2. Nationale Ebene	400
H. Das Recht der Wiedergabe durch Bild- oder Tonträger (§ 21 UrhG)	402
I. Das Senderecht	403
I. Funk	404
II. Öffentlichkeit	405
III. Die Arten von Sendungen	407
1. Terrestrische drahtlose Sendung	408
2. Satellitensendung	408
3. Kabelsendung und Kabelweitersendung	409
IV. Erschöpfung des Senderechts?	412
V. Anwendbares Recht	413
1. Das Sendelandprinzip	413
2. Die Bogsch-Theorie	414
3. Die Anknüpfung bei Kabelsendungen	415
4. Die Anknüpfung für Satellitensendungen	415
J. Das Recht der Wiedergabe von Funksendungen und von öffentlicher Zugänglich- machung	415
I. Allgemeines	415
II. Inhalt des Rechts der Wiedergabe von Funksendung und von öffentlicher Zugäng- lichmachung	416
III. Rechte und Ansprüche von Leistungsschutzberechtigten	418
IV. Wahrnehmung durch Verwertungsgesellschaften	419

Inhalt

6. Abschnitt. Schutzdauer, Übertragbarkeit und Vererbung des Urheberrechts

§ 22 Schutzdauer des Urheberrechts	420
A. Historische Entwicklung	422
B. Dauer des Urheberrechts	423
I. Allgemeine Dauer des Urheberrechts	423
II. Miturheberschaft und verbundene Werke	427
III. Anonyme und pseudoanonyme Werke	428
IV. Lieferungswerke	428
V. Posthume Werke	429
VI. Besonderheiten bei Lichtbildwerken	429
1. Historische Entwicklung	429
2. Überblick über die Schutzfristen für Lichtbildwerke und Lichtbilder	430
C. Rechtsfolgen	435
§ 23 Übertragbarkeit und Vererblichkeit des Urheberrechts	436
A. Übertragbarkeit des Urheberrechts	436
I. Grundsatz der Nichtübertragbarkeit	436
II. Abtretbarkeit von Ansprüchen	437
III. Verzicht	438
B. Vererblichkeit des Urheberrechts	439
I. Vererbung des Urheberrechts	439
II. Übertragbarkeit in Erfüllung einer Verfügung von Todes wegen	440
III. Erbeinsetzung	440
IV. Teilvererbung	441
V. Stellung des Rechtsnachfolgers	442

7. Abschnitt. Urhebervertragsrecht

§ 24 Überblick über das Urhebervertragsrecht	443
A. Die Verwertung urheberrechtlicher Werke	443
B. Verwertungsrecht, Nutzungsrecht, Nutzungsart	444
§ 25 Das System der Nutzungsrechte	445
A. Bedeutung und Rechtsnatur	446
B. Arten von Nutzungsrechten	447
I. Überblick über die Regelungsmöglichkeiten	447
II. Ausschließliche Nutzungsrechte	447
III. Einfache Nutzungsrechte	449
IV. Ein- und mehrstufige Nutzungsrechte	449
1. Begriff	449
2. Zustimmungspflichtigkeit	450
C. Weitere Formen der Nutzungserlaubnis	452
§ 26 Entstehen und Erlöschen von Nutzungsrechten	453
A. Entstehen von Nutzungsrechten	454
I. Die Begründung von Nutzungsrechten	454
II. Verpflichtungs- und Verfügungsgeschäft	454
III. Kein gutgläubiger Erwerb	457
IV. Nutzungsrechte und Eigentum am Werkstück	457
B. Erlöschen von Nutzungsrechten	458
I. Erlöschen durch Wegfall oder Beendigung des Verpflichtungsgeschäfts	459
1. Kündigung	459
2. Rücktritt	463
II. Erlöschen durch Wegfall oder Beendigung des Verfügungsgeschäfts	463

Inhalt

III. Erlöschen von Enkelrechten durch Wegfall des Tochterrechts?	464
IV. Sukzessionsschutz	465
C. Grenzen der Einräumung von Nutzungsrechten	465
I. Zwingende Grenzen für die Gestaltung von Urheberverträgen	465
II. Vermutungsregelungen	466
III. Der Übertragungszweckgedanke	466
IV. Nutzungsrechtseinräumung an unbekanntem Nutzungsarten	468
1. Die Regelung für Verträge ab 2008	468
2. Die Regelung für Verträge von 1966 bis 2007	475
3. Die Regelung für Verträge bis 1965	478
D. Kontrahierungsansprüche	478
§ 27 Beschränkte Einräumung von Nutzungsrechten	479
A. Allgemeines	479
B. Räumliche Beschränkungen	480
C. Zeitliche Beschränkungen	482
D. Quantitative Beschränkungen	482
E. Inhaltliche Beschränkungen	482
§ 28 Übertragung von Nutzungsrechten	485
A. Allgemeines	486
B. Die Übertragung	487
C. Das Zustimmungserfordernis	488
I. Erforderlichkeit der Zustimmung	488
II. Verweigerung der Zustimmung	489
III. Abweichende Vereinbarungen	490
D. Das Rückrufsrecht	490
E. Die Haftung des Erwerbers	492
§ 29 Vergütung von Nutzungsrechten	493
A. Einführung	495
I. Die Grundgedanken des neuen Vergütungsrechts	495
II. Verfassungsrechtliche Grundlagen	496
1. Soziale Verantwortung der Verwerter	496
2. Die Privatautonomie, Art. 2 Abs. 1 GG	496
3. Die negative Koalitions- und Tariffreiheit, Art. 9 Abs. 3 GG	497
4. Die Eigentumsgarantie, Art. 14 GG	498
B. Der Vertragsänderungsanspruch, § 32 UrhG	498
I. Allgemeines	498
II. Der Begriff der Angemessenheit	499
1. Grundsätzliches	499
2. Der maßgebliche Zeitpunkt des Vertragsschlusses	500
3. Die Besonderheiten des Einzelfalls	501
4. Die zu berücksichtigenden Umstände	501
5. Die Übersetzerhonorierung	506
6. Geltung des Beteiligungsprinzips	508
III. Vergütung für später bekannte Nutzungsarten, § 32c UrhG	509
IV. Abtretbarkeit, Verzichtbarkeit, Umgehungsschutz	510
V. Der Tarifvorrang	510
C. Der Anspruch auf weitere Beteiligung („Fairnessausgleich“), § 32a UrhG	511
I. Abgrenzung zum bisherigen Recht	511
II. Das auffällige Missverhältnis	511
III. Die Prüfungsreihenfolge in der Praxis der Rechtsprechung	512
IV. Die zu berücksichtigenden Umstände	513
V. Das Verhältnis zu § 32 UrhG	514
VI. Der Direktanspruch gegen den Lizenznehmer	515
VII. Der Fairnessanspruch in der Praxis	516

Inhalt

D. Gemeinsame Vergütungsregeln, §§ 36, 36a UrhG	516
I. Allgemeines	516
II. Verhältnis zu anderen kollektiven Vereinbarungen	517
1. Tarifverträge	517
2. Gesamtverträge nach § 12 Wahrnehmungsg	518
3. Normverträge	518
III. Die Parteien der Vergütungsregeln	518
1. Einzelne Verwerter	518
2. Repräsentative, unabhängige, ermächtigte Vereinigungen	519
3. Branchenspezifische Verhandlungen	520
IV. Notwendiger Inhalt der Vergütungsregeln	520
V. Wirksamkeit und Bindungswirkung der Vergütungsregeln	521
VI. Sanktionen bei Verstoß gegen Vergütungsregeln	522
VII. Der Tarifvorrang	522
VIII. Das Verfahren vor der Schlichtungsstelle	522
IX. Kartellrechtliche Bedenken	524
E. Anwendungsbereich der Vergütungsvorschriften. Zwingende Anwendung	524
I. Der persönliche Anwendungsbereich	524
II. Der räumliche Anwendungsbereich	525
III. Der zeitliche Anwendungsbereich	526
1. Übergangsregelung zu § 32 UrhG	526
2. Übergangsregelung zu § 32a UrhG	527
IV. Zwingende Anwendung, § 32b UrhG	527
F. Mehrheit von Urhebern	528
G. Anspruchsentstehung, Fälligkeit, Verjährung	529
I. Anspruchsentstehung und Fälligkeit	529
1. § 32 UrhG	529
2. § 32a UrhG	530
II. Verjährung	530
1. Verjährung nach den allgemeinen Vorschriften	530
2. Frühest mögliche Verjährung	530
3. Verjährung und laufende Werknutzung	531
H. Anwendbarkeit des AGB-Rechts	532
I. Prozessuale Fragen	532
J. Der Auskunftsanspruch, §§ 32d, e UrhG	533

8. Abschnitt. Schranken des Urheberrechts

§ 30 Übersicht über die Schranken des Urheberrechts	535
A. Die Sozialbindung des Urheberrechts	535
B. Die Schranken des Urheberrechts und ihre rechtspolitische Rechtfertigung	537
C. Die Abstufungen der Eingriffsintensität	541
D. Der europa- und völkerrechtliche Rahmen	542
E. Änderungsverbot (§ 62 UrhG) und Pflicht zur Quellenangabe (§ 63 UrhG)	542
F. Pflicht zur Quellenangabe (§ 63 UrhG)	543
§ 31 Amtliche Werke (§ 5 UrhG)	545
A. Inhalt, Zweck und Bedeutung der Regelung	545
B. Der Begriff des amtlichen Werkes	546
C. Die zwei Kategorien amtlicher Werke	547
I. Amtliche Werke gemäß § 5 Abs. 1 UrhG	547
II. Amtliche Werke gemäß § 5 Abs. 2 UrhG	549
D. Urheberrechtsschutz an privaten Normwerken (§ 5 Abs. 3 UrhG)	550
§ 32 Vervielfältigung zum eigenen Gebrauch (§ 53)	552
A. Überblick	554
I. Zweck und Bedeutung der Schranke	554
II. Gesetzliche Systematik	555

Inhalt

B. Vervielfältigung zum privaten Gebrauch (§ 53 Abs. 1 UrhG)	556
I. Privater Gebrauch	556
II. Einzelne Vervielfältigungen	557
III. Vervielfältigung von offensichtlich rechtswidrig hergestellten oder öffentlich zugänglich gemachten Vorlagen	557
IV. Herstellung durch andere	559
C. Vervielfältigung zum sonstigen eigenen Gebrauch (§ 53 Abs. 2 UrhG)	560
I. Gemeinsame Voraussetzungen	560
II. Aufnahme in ein eigenes Archiv (Abs. 2 S. 1 Nr. 2)	561
III. Funksendungen über Tagesfragen (Abs. 2 S. 1 Nr. 3)	562
IV. Kleine Teile erschienener Werke (Abs. 2 S. 1 Nr. 4 lit. a)	562
V. Vergriffene Werke (Abs. 2 S. 1 Nr. 4 lit. b)	563
D. Ausnahmen von der Vervielfältigungsfreiheit	563
I. Vervielfältigung von Noten sowie ganzer Bücher und Zeitschriften (Abs. 4)	564
II. Vervielfältigungen in der Öffentlichkeit, Ausführung von Plänen und Nachbau (Abs. 7)	565
E. Verbot der Verbreitung von Vervielfältigungsstücken und ihrer Benutzung zur öffentlichen Wiedergabe (§ 53 Abs. 6 UrhG)	565
§ 33 Freiheit der Information und Berichterstattung (§§ 48/49/50/55 UrhG)	566
A. Öffentliche Reden (§ 48 UrhG)	566
I. Inhalt, Zweck und Bedeutung der Regelung	567
II. Reden bei öffentlichen Versammlungen und öffentlich wiedergegebene Reden	567
1. Tagesfragen	567
2. Öffentliche Versammlungen, öffentliche Wiedergabe	568
3. Freigestellter Personenkreis	568
III. Reden bei öffentlichen Verhandlungen	569
IV. Die Unzulässigkeit der Vervielfältigung und Verbreitung in Form einer Sammlung	569
B. Zeitungsartikel und Rundfunkkommentare (§ 49 UrhG)	570
I. Inhalt, Zweck und Bedeutung der Regelung	571
II. Voraussetzungen des übernommenen Werkes	571
1. Rundfunkkommentare, Zeitungsartikel und Informationsblätter sowie mit ihnen im Zusammenhang veröffentlichte Abbildungen	572
2. Politische, wirtschaftliche oder religiöse Tagesfragen	573
3. Einzelne	574
4. Vorbehalt der Rechte	574
III. Die Voraussetzungen des Übernehmenden	574
1. Zeitungen und Informationsblätter	574
2. Elektronische Pressespiegel	575
IV. Die Ausnahme zugunsten vermischter Nachrichten und Tagesneuigkeiten	575
C. Berichterstattung über Tagesereignisse (§ 50 UrhG)	576
I. Inhalt, Zweck und Bedeutung der Regelung	577
II. Berichterstattung über Tagesereignisse	579
III. Inhalt und Umfang der zulässigen Nutzungen	580
D. Vervielfältigung durch Sendeunternehmen (§ 55 UrhG)	581
I. Inhalt, Zweck und Bedeutung der Regelung	581
II. Die privilegierten Sendeunternehmen	582
III. Art und Umfang der zulässigen Sendung	582
IV. Die Löschungspflicht und ihre Ausnahme	582
§ 34 Zitatzfreiheit (§ 51 UrhG)	583
A. Inhalt, Zweck und Bedeutung der Regelung	584
B. Verfassungsrechtlicher Hintergrund	585
C. Allgemeine Voraussetzungen gemäß § 51 S. 1 UrhG	586
I. Zitatzweck	586
II. Selbstständigkeit des zitierenden Werkes	587
III. Veröffentlichtes Werk	589
IV. Keine unzumutbare Beeinträchtigung	589
V. Änderungsverbot und Pflicht zur Quellenangabe	590

Inhalt

D. Die drei Regelbeispiele	590
I. Das wissenschaftliche Großzitat	590
1. Wissenschaftliches Werk	591
2. Zitatumfang	591
II. Das Kleinzitat	592
III. Das Musikzitat	593
E. Unbenannte Fälle der Zitierfreiheit	593
§ 35 Nutzungen für Unterricht, Wissenschaft und Institutionen (§§ 60a–60h UrhG) ...	594
A. Überblick	595
B. Regelungstechnik	597
I. Feste Prozentsätze für den Umfang der zulässigen Nutzung	597
1. Maßgeblicher Bezugspunkt	598
2. Ausnahmen für Werke geringen Umfangs	598
3. Folgen einer Überschreitung des Nutzungsumfangs	599
II. Verhältnis zu vertraglichen Vereinbarungen (§ 60g UrhG)	600
III. Person des privilegierten Nutzers	601
C. Die Privilegierungen im Einzelnen	602
I. Veranschaulichung des Unterrichts an Bildungseinrichtungen (§§ 60a, 60b UrhG)	602
1. Veranschaulichung des Unterrichts	602
2. Privilegierte Bildungseinrichtungen	603
3. Berechtigter Personenkreis	603
4. Herstellung von Unterrichts- und Lehrmedien	604
5. Bereichsausnahmen	605
II. Wissenschaftliche Forschung (§§ 60c, 60d UrhG)	606
1. Begriff der wissenschaftlichen Forschung	606
2. Nutzung in Forschergruppen (§ 60c Abs. 1 UrhG)	607
3. Vervielfältigung für die eigene Forschung (§ 60c Abs. 2 UrhG)	608
4. Text und Data Mining (§ 60d UrhG)	609
III. Bibliotheken und Gedächtniseinrichtungen (§§ 60e, 60f UrhG)	610
1. Erfasste Einrichtungen	610
2. Vervielfältigung (§ 60e Abs. 1 UrhG)	611
3. Verbreitung (§ 60e Abs. 2 und 3 UrhG)	612
4. Terminalnutzung (§ 60e Abs. 4 UrhG)	613
5. Kopienversand auf Bestellung (§ 60e Abs. 5 UrhG)	614
6. Archivierung im öffentlichen Interesse (§ 60f Abs. 2 UrhG)	615
§ 36 Nutzungen für Rechtspflege, öffentliche Sicherheit, durch Menschen mit Behinderung, für religiöse Zwecke und in Schulen (§§ 45, 45a–d, 46, 47 UrhG)	616
A. Überblick	616
B. Rechtspflege und öffentliche Sicherheit (§ 45 UrhG)	617
C. Menschen mit Behinderung (§§ 45a–d UrhG)	618
I. Vervielfältigung und Verbreitung für Menschen mit Behinderung (§ 45a UrhG)	618
II. Vervielfältigungen zum eigenen Gebrauch durch Menschen mit Seh- oder Lesebehinderung (§ 45b UrhG)	618
III. Nutzung durch befugte Stellen (§ 45c UrhG)	619
D. Sammlungen für den religiösen Gebrauch (§ 46 UrhG)	619
I. Regelungsgehalt	619
II. Unions- und verfassungsrechtlicher Hintergrund	620
III. Voraussetzungen der Privilegierung	620
E. Schulfunksendungen (§ 47 UrhG)	621
I. Regelungsgehalt	621
II. Unions- und verfassungsrechtlicher Hintergrund	622
III. Praktische Bedeutung	622
§ 37 Verwaiste Werke (§§ 61–61c UrhG)	623
A. Überblick	623
B. Privilegierte Institutionen	625

Inhalt

C. Verwaiste Werke	626
I. Erfasste Werkarten	626
II. Bestandsakzessorietät	627
III. Veröffentlichte Werke	627
D. Sorgfältige Suche und Dokumentation	628
§ 38 Sonstige Schranken (§§ 44a/52/55a/56–60 UrhG)	629
A. Vorübergehende Vervielfältigungshandlungen (§ 44a UrhG)	629
B. Öffentliche Wiedergabe eines erschienenen Werkes (§ 52 UrhG)	632
I. Inhalt, Zweck und Bedeutung der Regelung	632
II. Verfassungsrechtlicher Hintergrund	632
III. Die inhaltlichen Voraussetzungen	633
1. Vergütungspflichtige Wiedergaben	633
2. Vergütungsfreie Wiedergaben	634
3. Gottesdienste und kirchliche Feiern	635
C. Benutzung eines Datenbankwerkes (§ 55a UrhG)	635
D. Die Schranken nach §§ 56–60 UrhG	637
I. Vervielfältigung und öffentliche Wiedergabe in Geschäftsbetrieben (§ 56 UrhG)	637
II. Unwesentliches Beiwerk (§ 57 UrhG)	638
III. Werbung für die Ausstellung und den öffentlichen Verkauf von Werken (§ 58 UrhG)	639
IV. Werke an öffentlichen Plätzen (§ 59 UrhG)	640
V. Bildnisse (§ 60 UrhG)	644

9. Abschnitt. Technische Schutzmaßnahmen

§ 39 Übersicht zu technischen Schutzmaßnahmen	646
A. Technische Rahmenbedingungen und Reaktion des Rechts	647
I. Schutz durch Technik	647
1. Auswirkungen der Digitalisierung	647
2. Funktionsweise technischer Schutzmaßnahmen	648
II. Notwendigkeit der Begrenzung technischer Schutzmaßnahmen	649
III. Regelungskonzept der §§ 95a–d UrhG	649
1. Rechtsschutz technischer Schutzmaßnahmen	649
2. Begrenzung des Rechtsschutzes	650
B. Historische Entwicklung	651
C. Die §§ 95a–d UrhG im internationalen Kontext	653
I. Zuständigkeit deutscher Gerichte und anwendbares Recht	653
II. Fremdenrecht	654
III. Tatbestand der §§ 95a–d UrhG bei Fällen mit Auslandsbezug	655
D. Verhältnis der §§ 95a, b UrhG zum ZKDSG	656
§ 40 Schutz technischer Maßnahmen (§ 95a UrhG)	657
A. Gegenstand des Schutzes (§ 95a Abs. 2 UrhG)	657
I. Technische Maßnahmen	657
1. Legaldefinition	657
2. Schutz urheberrechtlicher Befugnisse	657
3. Schutz von Computerprogrammen	660
4. Technologien, Vorrichtungen, Bestandteile	660
5. Zweckbestimmung technischer Maßnahmen	661
6. Verhältnismäßigkeit technischer Maßnahmen	661
II. Wirksamkeit technischer Maßnahmen	662
B. Begriff des Rechtsinhabers	663
C. Umgehungsverbot (§ 95a Abs. 1 UrhG)	664
I. Umgehungshandlung	664
II. Subjektiver Tatbestand	664
D. Verbot von Vorbereitungshandlungen (§ 95a Abs. 3 UrhG)	666
I. Grundlagen	666
II. Verbotene Verhaltensweisen	666
1. Umgehungsmittel	666

Inhalt

2. Erbringung von Dienstleistungen	667
3. Umgehung als Zweck	668
4. Subjektiver Tatbestand	669
E. Ausnahmen zum Zwecke des Schutzes der öffentlichen Sicherheit und der Strafrechtspflege (§ 95a Abs. 4 UrhG)	670
§ 41 Schutz der zur Rechtswahrnehmung erforderlichen Informationen (§ 95c UrhG)	670
A. Zweck der Norm	670
B. Informationen über geschützte Inhalte (§ 95c Abs. 2 UrhG)	671
C. Entfernungs- und Änderungsverbot (§ 95c Abs. 1 UrhG)	673
I. Objektiver Tatbestand	673
II. Subjektiver Tatbestand	674
D. Nutzungsverbot (§ 95c Abs. 3 UrhG)	675
E. Ausnahmen	675
§ 42 Begrenzung technischer Maßnahmen	676
A. Durchsetzung von Schrankenbestimmungen (§ 95b UrhG)	677
I. Konzept der Regelung	677
II. Verpflichtung des Rechtsinhabers (§ 95b Abs. 1 S. 1 UrhG)	678
1. Anwendungsbereich	678
2. Rechtmäßiger Zugang zum Werk	680
3. Die privilegierten Schranken	680
4. Zurverfügungstellen notwendiger Mittel	682
III. Durchsetzung des Handlungsgebots gem. § 95b Abs. 1 S. 1 UrhG	685
1. Zivilrechtliche Ansprüche	685
2. Ordnungswidrigkeit	687
B. Kennzeichnungspflichten (§ 95d UrhG)	688
I. Zweck der Norm	688
II. Angaben über die Eigenschaften technischer Maßnahmen (§ 95d Abs. 1 UrhG)	688
III. Angaben über den Verwender technischer Maßnahmen (§ 95d Abs. 2 UrhG)	689
IV. Rechtsfolgen bei Verstoß gegen § 95d UrhG	689
C. Inkrafttreten	690
D. Sonstige rechtliche Vorgaben	691

2. Kapitel. Leistungsschutzrechte

§ 43 Schutz von Lichtbildern	693
A. Systematik und Charakteristik des Lichtbildschutzes	694
B. Rechtsentwicklung des Lichtbildschutzes	695
I. Vom Fotografieschutz des PhG von 1876 zum Urheber- und Leistungsschutz des UrhG von 1965	695
II. Die Entwicklung nach 1965 und der Einfluss europäischen Rechts	696
C. Schutzgegenstand und Schutzbereich	697
I. Schutzgegenstand	697
II. Sachlicher Geltungsbereich	698
D. Der Lichtbildner als originär Berechtigter (§ 72 Abs. 2 UrhG)	700
E. Inhalt des Lichtbildschutzes	702
F. Die zeitliche Geltung des Lichtbildschutzes (§ 72 Abs. 3 UrhG)	705
§ 44 Schutz des ausübenden Künstlers	708
A. Das Recht des Interpreten im Gefüge des Urheberrechtsgesetzes	711
I. Rechtsentwicklung	712
1. Notwendigkeit des Schutzes festgelegter Darbietungen	712
2. Die Entstehung eines eigenständigen Künstlerrechts	713
3. Internationales und europäisches Recht	715
II. Rechtsnatur, Rechtfertigung und Inhalt des Rechts des ausübenden Künstlers	719
1. Charakteristik des Schutzgegenstandes, Rechtfertigung und Inhalt des Rechts	719

Inhalt

2. Rechtsnatur des Interpretenrechts	724
3. Zur entsprechenden Anwendung urheberrechtlicher Vorschriften des Teils 1 des Urheberrechtsgesetzes, insbesondere seiner vertragsrechtlichen Vorschriften	725
4. Ergänzende Anwendung lauterkeitsrechtlicher und allgemeiner persönlichkeitsrechtlicher Bestimmungen	729
III. Verfassungsrechtliche Grundlagen	730
B. Das Künstlerrecht: Voraussetzungen und Schutzzumfang	731
I. Darbietung eines Werkes oder einer Ausdrucksform der Volkskunst; künstlerische Mitwirkung an der Darbietung	731
1. Der Interpret als originärer Rechtsinhaber	731
2. Darbietung eines Werkes oder einer Ausdrucksform der Volkskunst	732
3. Charakteristika der Darbietung im Einzelnen	735
4. Künstlerische Mitwirkung bei der Darbietung	738
II. Verwertungsrechte und Vergütungsansprüche des ausübenden Künstlers	740
1. Verwertungsrechte	740
2. Gesetzliche Vergütungsansprüche	744
3. Übertragbarkeit der Verwertungsrechte und Vergütungsansprüche (§ 79 Abs. 1 UrhG)	750
4. Insbesondere: Das Interpretenrecht in Arbeits- und Dienstverhältnissen (§§ 79 Abs. 2a, 43 UrhG)	752
5. Weitere Vergütungsansprüche des ausübenden Künstlers nach § 79a und § 79b UrhG	754
6. Besonderheiten bei Ensemble-Leistungen (§ 80 UrhG)	755
III. Die Persönlichkeitsrechte des ausübenden Künstlers (§§ 74, 75 UrhG)	760
1. Der Leistungsintegritätsanspruch (§ 75 UrhG)	761
2. Das Recht auf Anerkennung als ausübender Künstler (§ 74 UrhG)	766
3. Rechtsfolgen der Verletzung der Rechte auf Leistungsintegrität und Anerkennung als ausübender Künstler	770
IV. Die zeitliche Geltung des Interpretenrechts (§§ 76 und 82 UrhG)	770
1. Die Schutzdauer der Persönlichkeitsrechte nach §§ 74 und 75 UrhG (§ 76 UrhG)	770
2. Die Schutzdauer der Verwertungsrechte und der Vergütungsansprüche nach §§ 77, 78 UrhG (§ 82 UrhG)	772
V. Der persönliche Geltungsbereich der Rechte des ausübenden Künstlers	774
1. Übersicht	774
2. Deutsche Staatsangehörige nach § 125 Abs. 1 UrhG	774
3. Ausländische Staatsangehörige	775
§ 45 Schutz des Veranstalters	776
A. Rechtsnatur, Rechtfertigung, Geschichte und Kritik des Veranstaltereschutzes	777
I. Rechtsnatur und Rechtfertigung	777
II. Rechtslage vor Inkrafttreten des Urheberrechtsgesetzes	777
III. Kritik	778
B. Schutzgegenstand und Berechtigter des Veranstalterrechts	778
I. Schutzgegenstand	778
II. Berechtigtes Unternehmen	779
C. Rechte des Veranstalters	780
I. Verwertungsrechte	780
II. Vergütungsansprüche	781
D. Schutzdauer	782
§ 46 Schutz des Herstellers von Tonträgern	782
A. Allgemeines	785
I. Wesen, Umfang und Rechtfertigung des Tonträgerherstellerrechts	785
1. Wesen des Tonträgerherstellerrechts	785
2. Umfang des Rechtsschutzes	786
3. Rechtfertigung des Tonträgerherstellerrechts	786
II. Rechtsentwicklung	787
1. Nationales Recht	787

Inhalt

2. Internationales Recht	789
3. Unionsrecht	792
III. Verfassungsrechtlicher Schutz des Tonträgerherstellers	793
B. Die tatbestandlichen Voraussetzungen des § 85 Abs. 1 UrhG	794
I. Schutzgegenstand des Tonträgerherstellerrechts	794
1. Schutz der im Tonträger verkörperten Investitionsleistung als immaterielles Gut	794
2. Schutz unbeschadet weiterer Urheber- und Leistungsschutzrechte	795
3. Erstaufnahme	795
4. Die Tonspur eines Films	796
II. Der Tonträgerhersteller als originär Berechtigter	797
1. Privilegierung des Unternehmens	797
2. Kriterien der Bestimmung des Tonträgerherstellers	798
3. Abgrenzung zu anderen an der Herstellung und Vermarktung des Tonträgers Mitwirkenden	798
III. Verwertungsrechte und Vergütungsansprüche des Tonträgerherstellers	799
1. Vervielfältigungs- und Verbreitungsrecht sowie das Recht der öffentlichen Zu- gänglichmachung nach § 85 Abs. 1 Satz 1 UrhG	800
2. Vergütungsansprüche	803
3. Kein Anspruch des Tonträgerherstellers auf Quellenangabe	805
C. Die zeitliche Geltung des Rechts (§ 85 Abs. 3 UrhG)	805
I. Rechtsentwicklung	805
II. Geltende Regelung	806
III. Übergangsrecht	807
D. Der persönliche Geltungsbereich des Tonträgerherstellerrechts	809
I. Nationales Fremdenrecht	809
II. Internationales Fremdenrecht	809
E. Ergänzender lauterkeitsrechtlicher Schutz	810
§ 47 Schutz des Sendeunternehmens	811
A. Inhalt, Bedeutung und Geschichte des Leistungsschutzrechts der Sendeunternehmen	813
B. Leistungsschutz von Sendeunternehmen	814
I. Zum Begriff des Sendeunternehmens	814
II. Charakteristik und Gegenstand des Leistungsschutzes	815
1. Begriff der Sendung	816
2. Programmvermittlung an die Öffentlichkeit	816
3. Sendung durch Funk	817
4. Zusammenstellung von Programmen	818
III. Inhaber des Senderechts	820
C. Die dem Sendeunternehmen vorbehaltenen Verwertungsrechte	821
I. Weitersenden und öffentlich zugänglich machen	821
1. Weitersenderecht	821
2. Recht der öffentlichen Zugänglichmachung von Sendungen	823
II. Aufnahme, Vervielfältigung und Verbreitung	824
1. Aufnahme von Sendungen	824
2. Ausschließliches Vervielfältigungsrecht	824
3. Ausschließliches Verbreitungsrecht	825
4. Kein Vermietrecht	825
III. Öffentliche Wiedergabe	826
1. Entgeltliche öffentliche Wiedergabe	826
2. Online-Nutzung des Signals	827
IV. Übertragbarkeit der ausschließlichen Verwertungsrechte	828
V. Dauer des Leistungsschutzrechts	828
1. Schutzdauer	828
2. Schutzfristenvergleich	828
3. Übergangsregelung	828
D. Bedeutung der Schrankenregeln für Sendeunternehmen	829
I. Ausschluss tatbestandswidrigen Verwertungshandelns	829
II. Gesetzliche Vergütungsansprüche	829
1. Inhalt und Umfang des Ausschlusses nach § 87 Abs. 4 UrhG	829

Inhalt

2. Anspruch auf Vergütung der Sendesignalnutzung im Übrigen	831
3. Sendunternehmen als sonstige Leistungsschutzberechtigte	832
E. Kabelweiterleitung von Rundfunksendungen	833
I. Verpflichtung zum Vertragsschluss mit Kabelverbreitern	833
1. Zweck des Kontrahierungszwangs	834
2. Voraussetzungen für eine Verweigerung zum Vertragsabschluss	835
II. Inhalt des Weiterleitungsvertrages	836
III. Erstreckung auf alle dem Sendunternehmen eingeräumten Rechte	837
IV. Durchsetzung des Anspruchs auf Vertragsschluss	837
F. Europäischer und internationaler Leistungsschutz des Sendunternehmens	838
I. Internationale Konventionen zum Schutze von Rundfunkunternehmen	839
1. Europäisches Abkommen zum Schutz von Fernsehsendungen	839
2. Rom-Abkommen	840
3. Brüsseler Satelliten-Abkommen	840
4. WPPT-Vertrag	840
5. Europäische Konvention zum grenzüberschreitenden Satellitenrundfunk	841
6. TRIPS	841
7. Europäisches Übereinkommen zur Verhütung von Rundfunksendungen	841
II. Europäische Richtlinien zum Schutze der Sendunternehmen	841
1. Richtlinie für audiovisuelle Mediendienste (AVMSD) – Fernsehrichtlinie	841
2. Vermiet- und Verleihrecht-Richtlinie	842
3. Satelliten und Kabelweiterleitungsrichtlinie	842
4. Schutzdauerrichtlinie	844
5. Richtlinie zur Kontrolle des Zugangs von Diensten	845
6. Informationsrichtlinie	846
III. Weiterentwicklung des internationalen Sendunternehmensschutzes	846
§ 48 Schutz des Filmherstellers	848
A. Originäre und abgeleitete Rechte des Filmherstellers	849
I. Rechtsstellung des Filmherstellers als originärer und derivativer Inhaber von Schutzrechten	849
II. Eigenständige Bedeutung des Filmherstellerrechts	850
B. Geschichte und Zweck des Filmherstellerrechts	850
C. Entstehen und Inhaberschaft	851
I. Begriff des Filmherstellers iSd. § 94 UrhG	851
II. Filmträger als Schutzgegenstand des Filmherstellerrechts	853
III. Festlegung von Filmwerken und Laufbildern	855
IV. Entstehen des Leistungsschutzrechts durch Erstfixierung	856
V. Unabhängigkeit des Filmherstellerrechts von Urheber- und anderen Leistungsschutzrechten	857
VI. Die Auftragsproduktion	857
VII. Die Gemeinschaftsproduktion	859
VIII. Sendunternehmen als Filmhersteller	861
D. Inhalt des Leistungsschutzrechts des Produzenten	862
I. Die Verwertungsrechte	862
II. Der Schutz gegen Entstellungen und Kürzungen	863
E. Schranken des Leistungsschutzrechts und Vergütungsansprüche	864
F. Abtretbarkeit und Lizenzierung der Rechte (§ 94 Abs. 2 UrhG)	865
G. Schutzdauer (§ 94 Abs. 3 UrhG)	866
H. Örtliche Geltung	866
I. Nachrangiger Schutz durch allgemeine Bestimmungen	867
§ 49 Leistungsschutz von Datenbanken	867
A. Einführung	869
I. Regelungsübersicht	869
II. Unionsrechtlicher Hintergrund	870
III. Ökonomische und politische Problemlage	871
IV. Abgrenzung und Verhältnis zum Datenbankwerk (§ 4 Abs. 2 UrhG)	871

Inhalt

V. Verhältnis zum Softwareschutz	872
VI. Wettbewerbsrecht	872
VII. Verhältnis zu weiteren Rechtsgebieten	873
B. Schutzvoraussetzungen (§ 87a Abs. 1 UrhG)	873
I. Datenbank	873
1. Sammlung von Werken, Daten oder anderen unabhängigen Elementen	873
2. Systematisch oder methodisch angeordnet	875
3. Einzel zugänglich	876
4. Abgrenzung mehrerer Datenbanken	877
II. Materielle Schutzvoraussetzung: wesentliche Investition	877
1. Investitionsgegenstand	877
2. Wesentliche Investition	880
III. Neuinvestition (§ 87a Abs. 1 S. 2 UrhG)	883
1. Änderung und Investition	883
2. Wesentlichkeit	883
3. Rechtsfolge der wesentlichen Neuinvestition	884
C. Datenbankhersteller (§ 87a Abs. 2 UrhG)	884
D. Schutzzumfang (§ 87b Abs. 1 UrhG)	885
I. Vervielfältigung, Verbreitung, öffentliche Wiedergabe	885
1. Vervielfältigung als Entnahme	886
2. Verbreitung und öffentliche Wiedergabe als Weiterverwendung	888
3. Beweisfragen	890
II. Insgesamt oder wesentlicher Teil (§ 87b Abs. 1 S. 1 UrhG)	890
1. Quantitativ wesentlich	890
2. Qualitativ wesentlich	891
3. Auswahl und Anordnung	891
III. Unwesentliche Teile (§ 87b Abs. 1 S. 2 UrhG)	892
1. Wiederholt und systematisch	892
2. Normale Auswertung oder berechnete Interessen	892
IV. Folgerecht (§ 87b Abs. 2 i. V. m. § 27 Abs. 2, 3 UrhG)	893
E. Schutzdauer (§ 87d UrhG)	893
F. Nutzung von Datenbanken	894
I. Nutzungsverträge	894
II. Rechtsübertragung	895
III. Schrankenregelungen	895
1. Wesentlicher Teil einer veröffentlichten Datenbank	895
2. Privater Gebrauch an nicht-elektronischen Datenbanken (§ 87c Abs. 1 S. 1 Nr. 1 UrhG)	896
3. Wissenschaftliche Forschung (§ 87c Abs. 1 S. 1 Nr. 2 UrhG)	896
4. Veranschaulichung des Unterrichts und der Lehre (§ 87c Abs. 1 S. 1 Nr. 3 UrhG)	897
5. Verfahren oder öffentliche Sicherheit (§ 87c Abs. 2 UrhG)	897
6. Seh- oder Lesebehinderung (§ 87c Abs. 3 UrhG)	897
7. Erhaltung des Kulturerbes und vergriffene Werke (Art. 6f. DSM-RL)	897
G. Ansprüche bei Rechtsverletzungen	898
H. Rechte am Datenbankinhalt	898
I. Ausgewählte Einzelprobleme	899
I. Amtliche Datenbanken?	899
II. Websites	901
III. Scraping	902
IV. Text und Data Mining	903
V. AdBlocker	903
VI. Big Data	903
VII. Künstliche Intelligenz (KI)	904
VIII. Blockchain	905
§ 50 Sonstige verwandte Schutzrechte	906
A. Wissenschaftliche Ausgaben, § 70 UrhG	907
I. Schutzvoraussetzungen	907
1. Ausgabe	907

Inhalt

2. Anknüpfungspunkt	908
3. Wissenschaftlich sichtende Tätigkeit	909
4. Wesentliche Unterscheidung	909
II. Schutzzumfang	909
III. Rechtsinhaberschaft	910
IV. Schutzdauer	910
B. Editio princeps und erstmalige öffentliche Wiedergabe, § 71 UrhG	910
I. Schutzvoraussetzungen	911
1. Anknüpfungspunkt	911
2. Nicht erschienen	911
3. Gemeinfreiheit	914
4. Erstmalig Erscheinenlassen oder erstmalig öffentlich wiedergegeben	914
5. Erlaubterweise	915
6. Amtliche Werke	915
II. Schutzzumfang	916
III. Rechtsinhaberschaft	916
IV. Schutzdauer	917
C. Schutz des Presseverlegers, §§ 87f–87h	918
I. Regelungszweck und -inhalt	918
II. Unanwendbarkeit der Regelungen	919
III. Unionsrechtliches Leistungsschutzrecht und dessen Umsetzung	920

3. Kapitel. Verwertungsgesellschaften

§ 51 Allgemeines	921
A. Wesen und Aufgaben	922
B. Abgrenzung zu anderen Institutionen	925
C. Geschichte	926
D. Wirtschaftliche Bedeutung	929
E. Gesetzlicher Rahmen	929
F. Internationale Aspekte	931
G. Zukunftsperspektiven	936
§ 52 Die einzelnen Verwertungsgesellschaften, ihre Aufgabenbereiche und Zusammenschlüsse	939
A. Rechtsformen der Verwertungsgesellschaften	939
B. Verwertungsgesellschaften in Deutschland	940
I. GEMA	940
II. VG WORT	941
III. VG Bild-Kunst	942
IV. GVL	942
V. VG Musikedition	943
VI. VFF	943
VII. GWFF	944
VIII. VGF	944
IX. AGICOA	944
X. GÜFA	945
XI. VG Media	945
XII. TWF Treuhandgesellschaft Werbefilm	945
XIII. GWVR	945
C. Abhängige Verwertungsreinrichtungen	946
I. ZPÜ	947
II. ZBT	947
III. ZFS	948
IV. ZWF	948
D. Gemeinsame Inkassostellen	948
I. ZVV	949
II. Münchener Gruppe	949

Inhalt

III. ARGE KABEL	949
IV. Weitere Inkassovereinbarungen	949
E. Unabhängige Verwertungseinrichtungen	950
§ 53 Rechtsbeziehungen zu den Berechtigten	950
A. Mitgliedschaftsrechte	952
I. Allgemeines	952
II. Rechte von Wahrnehmungsberechtigten, die keine Mitglieder sind	955
III. Stellung der Verleger	956
IV. Vorgaben für Geschäftsführung und Aufsicht	960
B. Rechteeinräumung	961
I. Wahrnehmungszwang	961
1. Allgemeines	961
2. Inhaber abgetretener Rechte	963
3. Ausländische Rechtsinhaber	964
4. Angemessene Bedingungen	964
II. Wahrnehmungsvertrag	967
1. Allgemeines	967
2. Merkmale des Wahrnehmungsvertrages	968
3. AGB-Kontrolle	973
C. Rechtswahrnehmung für „Außenseiter“	975
D. Verteilung der Einnahmen	976
I. Grundsätze der Verteilung	976
1. Allgemeines	976
2. Verteilungsplan	976
3. Verteilung bei gemeinsamer Rechtswahrnehmung	979
4. Verteilungsfristen	981
5. Nicht verteilbare Einnahmen	982
6. Abzug von Verwaltungskosten	982
II. Einzelfragen der Verteilung	983
E. Kulturelle und soziale Aufgaben	986
I. Allgemeines	986
II. Kulturelle Förderung	987
III. Vorsorge und Unterstützungseinrichtungen	988
F. Beschwerdeverfahren	989
§ 54 Rechtsbeziehungen zu den Nutzern	989
A. Allgemeines	991
I. Tätigkeit in eigenem oder fremden Namen	991
II. Rechtsbeziehungen	991
1. Gesetzliche Lizenzen	991
2. Bloße Vergütungsansprüche	992
3. Rechteeinräumungen	992
III. Abschlusszwang	993
1. Allgemeines	993
2. Inhalt des Abschlusszwanges	994
3. Angemessene Bedingungen	995
4. Verhandlungen nach Treu und Glauben	996
5. Hinterlegung und Zahlung unter Vorbehalt	997
IV. Vermutungen der Aktivlegitimation	999
1. Gesetzliche Vermutungen	999
2. GEMA-Vermutung	1003
3. Allgemeiner Auskunftsanspruch	1004
B. Tarife	1005
I. Gesetzliche Tarife	1005
II. Tarife der Verwertungsgesellschaften	1005
1. Allgemeines	1005
2. Bemessung	1007
III. Doppelter Tarif	1012

Inhalt

C. Gesamtverträge	1014
I. Definition	1014
II. Verpflichtung zum Abschluss	1015
III. Inhalt	1017
D. Informations-, Rechnungslegung- und Transparenzpflichten der Verwertungsgesellschaften	1019
I. Informations- und Auskunftspflichten	1019
II. Rechnungslegung und Prüfung	1021
E. Auskunfts- und Meldepflichten der Nutzer	1021
I. Auskunftspflichten	1021
1. Gesetzliche Auskunftspflicht	1021
2. Allgemeine Auskunftspflicht	1023
II. Meldepflichten	1024
1. Meldepflicht der Nutzer	1024
2. Meldepflicht der Importeure von Geräten und Speichermedien	1025
3. Allgemeine Benachrichtigungspflicht	1025
§ 55 Erledigung von Streitfällen	1026
A. Übersicht	1026
I. Allgemeines	1026
II. Schiedsstellenverfahren als Prozessvoraussetzung	1028
1. Verfahren über Gesamtverträge	1028
2. Einzelnutzerverfahren	1029
3. Vergütung nach §§ 54, 54c UrhG	1030
4. Verfahren zwischen Send- und Kabelunternehmen	1031
III. Aktivlegitimation von Inkassostellen	1031
B. Schiedsstellenverfahren	1031
I. Die Schiedsstelle	1031
II. Das Verfahren	1032
III. Einstweilige Regelungen	1036
IV. Sicherheitsleistung	1037
V. Kosten	1038
C. Verfahren vor den ordentlichen Gerichten	1040
I. Zuständigkeit	1040
1. Verfahren vor dem OLG München als erster Instanz	1040
2. Einzelnutzerverfahren	1041
II. Besonderheiten des Verfahrens	1042
1. Aussetzung des Verfahrens	1042
2. Mahnverfahren	1043
3. Schlichtungsverfahren	1043
4. Güteverhandlung	1044
§ 56 Erlaubnispflicht und Aufsicht	1044
A. Erlaubnispflicht	1045
I. Allgemeines	1045
II. Erlaubnis und ihr Widerruf	1047
1. Voraussetzungen für die Erteilung der Erlaubnis	1047
2. Widerruf der Erlaubnis	1048
III. Erlaubnis- und Widerrufsverfahren	1048
B. Die Aufsicht durch das DPMA	1049
I. Allgemeines	1049
II. Inhalt der Aufsicht und Aufsichtsmaßnahmen des DPMA	1051
1. Inhalt der Aufsicht	1051
2. Maßnahmen der Aufsichtsbehörde	1052
3. Unterrichtungspflichten der Verwertungsgesellschaften	1054
4. Vollstreckungsmaßnahmen	1054
C. Die Tätigkeit der Verwertungsgesellschaften nach dem GWB	1054
I. Übersicht	1054
II. Die Beteiligung des Bundeskartellamtes im Erlaubnis- und Widerrufsverfahren	1054

Inhalt

III. Die allgemeine kartellbehördliche Aufsicht	1055
1. Rechtsentwicklung	1055
2. Anwendung des Kartellrechts auf Verwertungsgesellschaften	1056

4. Kapitel. Besonderheiten des österreichischen und schweizerischen Rechts

§ 57 Österreichisches Urheberrecht	1061
A. Das österreichische Urheberrechtsgesetz und EU-Sekundärrecht	1071
B. Verfassungsrechtliche Aspekte	1073
C. Werkarten und Schutzvoraussetzungen	1073
D. Inhaberschaft des Urheberrechts	1077
E. Schutzdauer nach der Europäischen Harmonisierung	1079
F. Inhalt des Urheberrechts	1081
1. Monistische Auffassung	1081
2. Verwertungsrechte	1081
3. Vergütungsansprüche	1089
4. Urheberpersönlichkeitsrecht	1091
5. Zugangsrecht	1093
G. Freie Werknutzungen (Beschränkungen des Urheberrechts)	1094
1. Allgemeines	1094
2. Für alle Werkkategorien geltende freie Nutzungen	1095
3. Für einzelne Werkkategorien geltende freie Nutzungen	1102
4. Bewilligungszwang für Schallträger (§ 58 UrhG)	1108
5. Öffentliche Rundfunkwiedergabe und Kabelweiterverbreitung	1108
H. Leistungsschutzrechte	1108
1. Ausübende Künstler und Veranstalter	1108
2. Tonträgerhersteller	1110
3. Rundfunkunternehmer	1111
4. Einfache Datenbanken	1112
5. Licht- und Laufbilder	1114
I. Fremdenrecht und Internationales Urheberrecht	1115
J. Rechtsverletzungen	1117
1. Zivilrechtliche Verletzungsfolgen	1117
2. Strafrechtliche Verletzungsfolgen	1126
3. Schutz technischer Maßnahmen und von Copyright-Informationen	1127
K. Verwertungsgesellschaften	1128
L. Urhebervertragsrecht	1138
§ 58 Schweiz	1143
A. Überblick	1144
I. Internationales Recht: Verzögerte Anpassung des nationalen Rechts	1144
II. Europäisches Recht: Anpassung des nationalen Rechts „à discrétion“	1145
B. Urheberrecht (2. Titel URG)	1148
I. Das Werk (1. Kapitel URG)	1148
1. Der Katalog des Art. 2 URG	1148
2. Bearbeitungen	1150
3. Sammelwerke	1151
4. Nicht geschützte Werke	1151
II. Urheber und Urheberin (2. Kapitel URG)	1152
III. Inhalt des Urheberrechts (3. Kapitel URG)	1153
1. Verhältnis des Urhebers zum Werk (1. Abschnitt URG)	1153
2. Verhältnis der Urheberschaft zum Eigentum am Werkexemplar (2. Abschnitt URG)	1157
IV. Rechtsübergang; Zwangsvollstreckung (4. Kapitel URG)	1160
V. Schranken des Urheberrechts (5. Kapitel URG)	1161
VI. Schutzdauer (6. Kapitel URG)	1167
VII. Softwareschutz im Besonderen	1167

Inhalt

C. Verwandte Schutzrechte (3. Titel URG)	1170
I. Ausübende Künstler	1170
II. Hersteller von Ton- und Tonbildträgern	1172
III. Sendeunternehmen	1172
IV. Schutzdauer	1172
D. Schutz von technischen Maßnahmen und von Informationen für die Wahrnehmung von Rechten	1172
I. Technische Schutzmaßnahmen	1172
II. Schutz von Informationen für die Wahrnehmung von Rechten	1178
E. Pflicht der Betreiber von Internet-Hosting-Diensten, die von Benutzern und Benutzerinnen eingegebene Informationen speichern (3b. Titel URG)	1178
F. Verwertungsgesellschaften (4. Titel URG)	1179
G. Rechtsschutz (5. Titel URG)	1183
I. Zivilrechtlicher Schutz	1183
II. Strafrechtlicher Schutz	1184
III. Verfügungen der Aufsichtsbehörde	1185
IV. Hilfeleistung der Zollverwaltung	1185
H. Schlussbestimmungen (6. Titel URG)	1185
I. Vertragsgestaltung im Urheberrecht	1186
I. Übertragbare und unübertragbare Befugnisse	1186
II. Abgrenzung von Übertragung und Lizenzierung	1189
III. Umfang der Rechtseinräumung	1190
IV. Vereinbarungen für die Zukunft	1191
V. Einzelfragen	1193
VI. Normiertes Urhebervertragsrecht?	1194

5. Kapitel. Europäisches und Internationales Urheberrecht

1. Abschnitt. Europäisches Urheberrecht

§ 59 Übersicht über das Europäische Urheberrecht	1197
§ 60 Die europäischen Richtlinien	1199
A. Einführung	1201
B. Computerprogramm-Richtlinie	1204
C. Vermiet- und Verleihrichtlinie	1206
D. Kabel- und Satellitenrichtlinien 1993 und 2019	1209
E. Schutzdauer Richtlinien 1993 und 2011	1211
F. Datenbankrichtlinie	1214
G. Die Richtlinie zur Informationsgesellschaft	1217
H. Die Richtlinie über den elektronischen Geschäftsverkehr	1220
I. Der Vertragsabschluss im Netz – Lizenzverträge	1221
II. Haftungsbeschränkungen	1221
I. Die Richtlinie über das Folgerecht	1222
J. Durchsetzungsrichtlinie	1223
K. Richtlinie über verwaiste Werke	1224
L. Richtlinie über die kollektive Wahrnehmung	1225
M. Richtlinie und Verordnung zur Umsetzung des Marrakesch-Vertrags	1226
N. Urheberrecht im Digitalen Binnenmarkt	1226
§ 61 Die Regeln über den freien Waren- und Dienstleistungsverkehr (Art. 34 ff., 56 ff. AEUV)	1230
A. Ausgangslage	1231
B. Entwicklung der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs	1231
C. Der spezifische Gegenstand des Urheberrechts	1233

Inhalt

§ 62 Die Wettbewerbsregeln (Art. 101, 102 AEUV)	1236
A. Übersicht	1237
B. Art. 101 AEUV	1238
C. Art. 102 AEUV	1245

2. Abschnitt. Internationales Urheberrecht

§ 63 Grundlagen	1250
A. Mehrseitige internationale Abkommen	1252
I. Übersicht	1252
1. Entstehung und Grundzüge des internationalen Urheberrechts	1252
2. Einbeziehung des geistigen Eigentums in das internationale Handelsrecht	1253
3. Entwicklungen im Rahmen der WIPO nach TRIPs	1254
II. Die Revidierte Berner Übereinkunft	1258
1. Bedeutung der Revidierten Berner Übereinkunft	1258
2. Sachlicher, persönlicher und zeitlicher Anwendungsbereich	1259
3. Inländergrundsatz und Ausnahmen	1260
4. Mindestrechte und Schranken	1261
5. Weitere Vorschriften	1262
III. Das Welturheberrechtsabkommen	1263
1. Bedeutung des Welturheberrechtsabkommens	1263
2. Sachlicher und persönlicher Anwendungsbereich des WUA	1263
3. Der durch das WUA gewährte Schutz	1264
IV. Die Übereinkunft von Montevideo	1264
V. Das Rom-Abkommen	1265
1. Bedeutung des Rom-Abkommens und Verhältnis zum Urheberrecht	1265
2. Sachlicher, persönlicher und zeitlicher Anwendungsbereich	1265
3. Inländerbehandlung und Ausnahmen	1266
4. Mindestschutz und Schranken	1267
5. Formalitätenverbot	1268
VI. Das Genfer Tonträgerabkommen	1268
1. Bedeutung des Genfer Tonträgerabkommens	1268
2. Anwendungsbereich und Schutzzinhalt	1269
VII. Das Brüsseler Satellitenabkommen	1269
VIII. Das Europäische Fernsehabkommen	1270
IX. Das TRIPs-Übereinkommen	1271
1. Entstehung des TRIPs-Übereinkommens	1271
2. Anwendungsbereich	1271
3. Inländergrundsatz	1272
4. Meistbegünstigung	1272
5. Mindestschutz im Urheberrecht	1273
6. Mindestschutz bei den verwandten Schutzrechten	1274
7. Rechtsdurchsetzung und Streitbeilegung	1274
X. Der WIPO Copyright Treaty (WCT) und der WIPO Performances and Phonograms Treaty (WPPT)	1274
1. Entstehung und Bedeutung des WCT und des WPPT	1274
2. Grundsätze des Schutzes nach dem WCT	1275
3. Schutzzinhalt des WCT	1275
4. Grundsätze des Schutzes nach dem WPPT	1277
5. Mindestschutz und Ausnahmen nach dem WPPT	1277
XI. Der Pekinger Vertrag zu audiovisuellen Darbietungen	1278
XII. Der Marrakesch-Vertrag über den erleichterten Zugang zu veröffentlichten Werken zugunsten von Sehbehinderten	1281
XIII. Weitere Abkommen	1283
B. Zweiseitige internationale Abkommen	1284
I. Übersicht	1284
II. Bedeutung der zweiseitigen Abkommen	1285

Inhalt

III. Deutsch-deutscher Einigungsvertrag und Abkommen der DDR mit der UdSSR von 1973	1287
1. Deutsch-deutscher Einigungsvertrag	1287
2. Abkommen der DDR mit der UdSSR von 1973	1288
IV. Deutsch-amerikanisches Abkommen von 1892	1288
V. Sonstige zweiseitige Abkommen	1290
C. Fremdenrecht und europäisches Diskriminierungsverbot	1291
I. Uneingeschränkter Schutz deutscher Staatsangehöriger und Unternehmen	1291
II. Europäisches Diskriminierungsverbot: Gleichstellung von europäischen mit deutschen Staatsangehörigen und Unternehmen	1291
III. Fremdenrechtliche Voraussetzungen des Schutzes sonstiger ausländischer Staatsangehöriger und Unternehmen	1293
1. Allgemeines	1293
2. Schutz nach nationalem deutschem Fremdenrecht	1294
3. Schutz nach internationalen Abkommen	1295
4. Schutz bei bekanntgemachter Gewährleistung der Gegenseitigkeit	1295
D. Innerstaatliche Anwendbarkeit internationaler Abkommen	1296
I. Verfassungsrechtliche Transformation internationaler Urheberrechtsabkommen in innerstaatliches Recht	1296
II. Verhältnis internationaler Verträge zum nationalen Recht	1297
III. Unmittelbare Anwendbarkeit internationaler Verträge	1298
§ 64 Anwendbares Recht	1299
A. Internationales Privatrecht des Urheberrechts – Einleitung	1310
I. Anwendbares Recht	1310
II. Berner Übereinkunft	1311
III. TRIPs Abkommen und WCT	1314
IV. Territorialitätsprinzip (Schutzlandrecht – <i>lex loci protectionis</i>) und Universalitätsprinzip	1314
V. Lehre von den wohlerworbenen Rechten	1316
VI. Vermittelnde Lehren	1316
VII. Territorialitätsprinzip und Handlungsort	1318
1. Ursprung des Territorialitätsprinzips	1318
2. Rechtfertigung des Territorialitätsprinzips (Schutzlandrechts)	1318
VIII. Unzulässige Folgerungen aus dem Territorialitätsprinzip	1320
1. Keine Verfolgung ausländischer Verletzungshandlungen	1320
2. Keine Sonderanknüpfung für Einzelfragen	1321
IX. Territorialitätsprinzip als Kollisionsnorm	1321
X. Differenzierende Anknüpfung – erste Inhaberschaft des Urheberrechts	1324
B. IPR des Urheberrechts in den deutschsprachigen Ländern	1329
I. Europäische Rechtsvereinheitlichung – Rom II-Verordnung	1329
1. Entstehungsgeschichte, zeitlicher Anwendungsbereich und Grundkonzept	1329
2. Sonderregel für Immaterialgüterrechte (Art. 8 Rom II-VO)	1333
II. Deutschland	1338
1. Ort der Benutzungs- oder Verletzungshandlung	1338
2. Verhältnis zum Deliktstatut	1341
3. Ausländische Verletzungshandlungen	1344
4. Rechtswahl	1344
5. Rück- und Weiterverweisung	1345
6. Die fremdenrechtlichen Bestimmungen im UrhG	1346
III. Österreich	1346
1. Ort der Benutzungs- oder Verletzungshandlung – Anwendungsbereich	1346
2. Ausländische Verletzungshandlungen	1348
3. Sonderanknüpfungen	1349
4. Rück- und Weiterverweisung	1350
5. Rechtswahl	1350
IV. Rechtslage in der Schweiz nach dem IPRG 1987/2007	1351
1. Schutzlandrecht	1351
2. Sonderanknüpfungen	1352

Inhalt

3. Komplexe Sachnormverweisung?	1352
4. Rück- und Weiterverweisung	1353
5. Rechtswahl	1353
C. Grenzüberschreitende Rechtsverletzungen	1353
I. Materiellrechtliche und kollisionsrechtliche Konzepte	1353
1. Materiellrechtliche Tatbestandsverkürzung	1354
2. Phasen-Theorie (Ubiquitätsprinzip)	1355
3. Schwerpunktbildung (Lokalisierung)	1356
II. Schwerpunktbildung im Zielland (Rom II-VO)	1357
III. Rundfunksendung und Ausnahmen von der Schwerpunktbildung im Zielland (Satellitensendung)	1359
1. Ausstrahlung von Rundfunksendungen ins Ausland (über Satellit)	1359
2. Ergänzende Online-Dienste	1362
3. Nutzung für digitale und grenzüberschreitende Unterrichts- und Lehrtätigkeiten	1363
4. Allgemeine Anwendung des Herkunftslandsprinzips?	1363
IV. Zugänglichmachen im Internet, Verbreitung und gesetzliche Vergütungsansprüche	1364
1. Nutzung im Internet	1364
2. Grenzüberschreitende Verbreitung	1370
3. Gesetzliche Vergütungsansprüche	1372
4. Folgerechtsvergütung	1373
V. Deutschland	1373
1. Ubiquitätsprinzip im älteren Recht (vor der Rom II-VO)	1373
2. Schwerpunktbildung im deutschen Recht (nach der Rom II-VO)	1375
VI. Österreich	1378
1. Deliktstatut und Ubiquitätsprinzip im älteren Recht (vor der Rom II-VO)	1378
2. Phasen-Theorie (Ubiquitätsprinzip)	1380
3. Verletzungsort und Urheberrecht	1380
VII. Schweiz	1382
1. Deliktstatut	1382
2. Verletzungsort und Urheberrecht	1382
D. Schutzfristenberechnung	1383
I. Kollisionsrechtliche Beurteilung	1383
II. Schutzfristenvergleich	1384
1. Natur und Rechtsgrundlage	1384
2. Schutzfristenvergleich und Schutzdauer-Richtlinie	1385
3. Deutschland	1387
4. Österreich	1389
5. Schweiz	1390
E. Internationales Urhebervertragsrecht	1390
I. Vorbemerkungen	1394
1. Allgemeines	1394
2. Internationales Vertragsrecht in Deutschland, Österreich und der Schweiz	1396
II. Rechtswahl	1398
1. Vorbemerkungen	1398
2. Rechtswahl nach dem EVÜ und der Rom I-VO (Deutschland und Österreich)	1398
3. Rechtswahl nach dem schweizerischen IPRG 1987/2007	1403
III. Objektive Anknüpfung	1404
1. Allgemeine Überlegungen – Sachgerechte Anknüpfung der Urheberrechtsverträge	1404
2. Objektive Anknüpfung in den deutschsprachigen Ländern	1408
IV. Vertragsrechtliche Eingriffsnormen	1418
1. Vorbemerkungen	1418
2. Eingriffsnormen im EVÜ und im schweizerischen Internationalen Privatrecht	1419
3. Eingriffsnormen nach der Rom I-VO	1420
4. Urhebervertragsrechtliche Eingriffsnormen	1422
V. Formvorschriften	1426
VI. Vertragsstatut und Sachstatut	1428
1. Gesicherter Anwendungsbereich des Vertragsstatuts	1428
2. Dingliche Aspekte (Verpflichtungs- und Verfügungsgeschäft)	1430
3. Vorbehalte zu Gunsten des Sachstatuts (sachrechtliche Eingriffsnormen)	1432

Inhalt

4. Gutgläubiger Erwerb	1435
5. Weiterübertragung von Nutzungsrechten und Sukzessionsschutz	1435
F. Internationale Zuständigkeit der Gerichte	1436
I. Die internationale Zuständigkeit für Urheberrechtsstreitigkeiten nach dem nationalen Recht Deutschlands, Österreichs und der Schweiz	1440
1. Deutschland	1440
2. Österreich	1449
3. Schweiz	1455
II. Die EuGVVO und das Lugano Übereinkommen	1460
1. Allgemeines	1460
2. Allgemeiner Gerichtsstand	1462
3. Exorbitante Gerichtsstände	1463
4. Wahlgerichtsstände	1464
5. Gerichtsstandsvereinbarungen	1478
6. Positiver Kompetenzkonflikt	1482
7. Einstweilige Maßnahmen	1482
8. Anerkennung und Vollstreckung	1483
9. Das Haager Gerichtsstandübereinkommen	1484

2. Teil. Vertragsgestaltung im Urheberrecht

1. Kapitel. Allgemeine Grundsätze

§ 65 Arten von Urheberrechtsverträgen	1487
A. Allgemeines	1487
B. Einteilung von Urheberrechtsverträgen nach Werk- und Verwertungsarten	1489
C. Anzuwendendes Schuldrecht	1492
§ 66 Art und Umfang der Rechtseinräumung	1495
A. Grundlagen	1496
I. Zwingendes Recht	1496
II. Dispositives Recht, Auslegungsregeln und gesetzliche Vermutungen	1497
III. Übertragungszweckgedanke	1498
1. Grundlagen	1498
2. Anwendungsvoraussetzungen	1500
3. Auslegung nach dem Vertragszweck	1501
4. Anwendungsbereich	1503
5. AGB-Recht (Formularverträge)	1504
6. Konsequenzen für die Vertragsgestaltung	1506
B. Einzelfragen der Vertragsgestaltung	1506
I. Wirksamkeit der Nutzungsrechtseinräumung	1506
II. Einfache und ausschließliche Nutzungsrechtseinräumung	1507
III. Räumlicher Umfang der Nutzungsrechtseinräumung	1508
IV. Zeitliche Ausgestaltung	1508
V. Quantitative Regelungen	1510
VI. Inhaltliche Ausgestaltung	1510
1. Spezifizierungslast für Nutzungsarten	1510
2. Klar abgrenzbare, einheitliche und selbständige Nutzungsart; Erschöpfung	1512
3. Allgemeine Geschäftsbedingungen	1512
4. Bearbeitungsrecht	1512
VII. Unbekannte Nutzungsarten	1513
1. Verträge mit Urhebern (§ 31a UrhG)	1513
2. Verträge außerhalb von § 31a UrhG	1515
VIII. Negative Verbotsrechte des Nutzungsberechtigten	1515
IX. Nutzungsrechte weiterer Stufen	1516
X. Weiterübertragung von Nutzungsrechten	1518

Inhalt

XI. Schuldrechtliche Nutzungsgestattungen	1519
XII. Regelungen über Sacheigentum	1519
XIII. Optionsverträge über Nutzungsrechte	1520
XIV. Verpflichtung zur Nacheinräumung	1521
§ 67 Vereinbarungen über die Gegenleistung	1522
A. Die Vergütungsabrede als Teil des Verwertungsvertrages	1522
B. Einschränkung der Vertragsfreiheit durch das gesetzliche Vergütungsrecht	1522
C. Die Angemessenheit der Vergütung	1523
D. Einzelne Vergütungsabreden	1525
I. Nullvergütungen und Zuschüsse	1525
II. Die Pauschalvergütung	1526
III. Die Beteiligung	1526
IV. Mischformen	1527
E. Mehrheit von Urhebern	1527
F. Verfügungen über Vergütungsansprüche	1528
§ 68 Gewährleistung und Haftung	1528
A. Allgemeines	1529
B. Gewährleistung und Haftung des Urhebers oder Rechteinhabers	1529
I. Verletzung von Hauptpflichten	1529
1. Rechtsverschaffungspflicht	1529
2. Pflicht zur Lieferung einer mangelfreien Sache	1532
II. Verletzung von Nebenpflichten	1533
C. Gewährleistung und Haftung des Werkverwerters	1534
I. Verletzung von Hauptpflichten	1534
II. Verletzung von Nebenpflichten	1535
D. Rechtsfolgen bei Vertragsbeendigung wegen Pflichtverletzung	1536
§ 69 Sonderfragen bei Arbeits- und Dienstverhältnissen	1538
A. Allgemeines	1539
B. Anwendungsbereich der §§ 43, 69b UrhG	1541
I. Persönlicher Anwendungsbereich	1541
1. Arbeitsverhältnisse	1542
2. Dienstverhältnisse	1543
II. Sachlicher Anwendungsbereich	1544
1. Verpflichtung aus dem Arbeits- oder Dienstverhältnis	1544
2. Freizeitwerke	1548
3. Freiwillige Werke	1548
C. Umfang der Nutzungsrechtseinräumung	1549
I. Übersicht	1549
II. Inhalt und Wesen des Arbeits- oder Dienstverhältnisses (§ 43 UrhG)	1549
1. Arbeitsverhältnisse	1550
2. Öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse	1557
III. Nutzungsrechte an Computerprogrammen (§ 69b UrhG)	1558
IV. Urheberpersönlichkeitsrechte	1559
D. Vergütung	1562
I. Arbeitsentgelt und Vergütung für die Werknutzung	1562
II. Angemessenheit der Vergütung	1563
III. Weitere Beteiligung nach § 32a UrhG und Vergütung nach § 32c UrhG	1565
IV. Gesetzliche Vergütungsansprüche	1566
V. Arbeitnehmererfindungsgesetz	1567
E. Vertragsgestaltung	1567
F. Prozessuales	1569
I. Verfolgung von Urheberrechtsverletzungen	1569
II. Rechtsweg	1569

Inhalt

2. Kapitel. Einzelne Vertragsarten

§ 70 Verlagsverträge über belletristische Werke	1571
A. Regelungsrahmen	1572
I. Gesetzliche Regelungen	1572
1. Verlagsgesetz	1572
2. Urheberrechtsgesetz	1575
3. Allgemeines Zivilrecht	1576
II. Tarifverträge, Normverträge, Vergütungsregeln und -empfehlungen, Muster	1576
1. Tarifverträge	1576
2. Normverträge	1577
3. Vergütungsregeln und -empfehlungen	1578
4. Muster	1578
B. Einzelne Regelungspunkte	1578
I. Nutzungsrechtseinräumung	1578
1. Zweckübertragungslehre	1578
2. Das „Ob“ der Nutzungsrechtseinräumung	1581
3. Ausschließliche und einfache Nutzungsrechtseinräumung	1583
4. Räumliche Ausgestaltung	1584
5. Zeitliche Ausgestaltung	1585
6. Quantitative Ausgestaltung	1587
7. Inhaltliche Ausgestaltung	1590
8. Einräumung von Nutzungsrechten weiterer Stufen und Weiterübertragung	1601
II. Besitz und Eigentum am Manuskript	1602
III. Regelung der Vergütung	1603
1. Angemessene Vergütung nach § 32 UrhG	1603
2. Fälligkeit des Honorars und Abrechnung	1606
IV. Pflichten des Urhebers oder Rechteinhabers	1607
1. Hauptpflichten	1607
2. Nebenpflichten	1610
V. Pflichten des Verlegers	1613
1. Hauptpflichten	1613
2. Nebenpflichten	1614
VI. Rechtsfolgen bei Pflichtverletzungen	1616
VII. Mitgliedschaft in der VG Wort	1617
VIII. Sonstige Vertragsarten	1618
1. Druck	1618
2. Kommission	1618
3. Agenturvertrag	1618
4. Herausgebervertrag	1619
§ 71 Verlagsverträge über wissenschaftliche Werke und Sachbücher	1619
A. Gesetzlicher Rahmen und wirtschaftliche Besonderheiten des wissenschaftlichen Publikationsmarktes	1620
B. Entwicklung der Normverträge und Vertragsmuster	1621
C. Stellung der Rechteinhaber im Bereich der Wissenschaft	1622
D. Vereinbarungen wissenschaftlicher Autoren mit Verlegern	1623
I. Verlagsverträge über wissenschaftliche Werke	1624
1. Übersicht	1624
2. Die Vertragsnormen für wissenschaftliche Verlagswerke vom 24. März 2000	1624
3. Verträge außerhalb der Vertragsnormen	1631
II. Verlagsverträge über Sachbücher	1632
1. Arten von Sachbüchern und Vertragspraxis	1632
2. Besonderheiten in der Vertragsgestaltung	1633
3. Mehrzahl von Urhebern	1633
E. Vereinbarungen mit anderen Verlegern/Dritten	1634
I. Subverlagsverträge	1634
II. Kooperationsverträge	1635

Inhalt

§ 72 Übersetzerverträge	1636
A. Urheberrechtliche Relevanz von Übersetzungen und relevanter Markt	1637
B. Gesetzlicher und vertraglicher Rahmen	1638
C. Einzelne Arten von Übersetzungen	1639
I. Übersetzungen für Zeitungen und Zeitschriften	1639
II. Übersetzungen von Büchern und anderen nicht-periodischen Schriftwerken	1640
1. Rechtsnatur des Vertrags und Auswertungspflicht	1640
2. Vertragspraxis	1642
3. Vergütung	1643
4. Vertragsstörungen	1644
III. Übersetzungen von Bühnenwerken	1645
IV. Übersetzungen im Bereich des Hörfunks	1646
V. Übersetzungen für Film und Fernsehen	1646
§ 73 Presseverträge	1647
A. Einführung	1648
B. Werke fest angestellter Journalisten	1649
I. Urheberrechtliche Lage bei Geltung tarifvertraglicher Regelungen	1649
1. Geltungsbereich der Manteltarifverträge	1649
2. Umfang der Nutzungsrechtseinräumung	1650
3. Rechterückruf	1653
4. Vergütungsfragen	1654
II. Nicht tarifgebundene fest angestellte Journalisten	1655
1. Umfang der Rechtseinräumung	1655
2. Rechterückruf	1657
3. Vergütungsfragen	1657
C. Werke freier Journalisten	1658
I. Tarifgebundene arbeitnehmerähnliche Journalisten	1658
1. Geltungsbereich des Tarifvertrages	1658
2. Einräumung der Nutzungsrechte	1659
3. Rechterückruf	1663
4. Vergütungsfragen	1664
II. Nicht tarifgebundene freie Journalisten	1664
1. Mögliche Vertragstypen	1664
2. Umfang der Rechtseinräumung	1665
D. Der Zeitungs- oder Zeitschriftenherausgeber	1668
I. Allgemeines	1668
II. Der Verlag als Herr des Unternehmens	1669
1. Vertragliche Beziehungen zwischen Verlag und Herausgeber	1669
2. Umfang der Rechtseinräumung an den Verlag	1670
3. Rückruf	1671
§ 74 Musikverlagsverträge	1672
A. Die Beteiligten	1673
B. Vereinbarungen unter Musikurhebern	1674
I. Werkverbindung	1674
II. Miturheberschaft	1677
III. Die faktische Werkverbindung	1677
C. Vereinbarungen mit Verwertern	1678
I. Musikverlagsvertrag	1678
1. Geschichte und wirtschaftliche Hintergründe	1678
2. Rechte und Pflichten des Musikverlegers	1680
3. Vergütung und Beteiligungen	1685
4. Vertragsstörungen, Beendigung des Vertrages und Rechtsfolgen	1685
II. Autorenexklusivvertrag	1687
III. Bühnenvertriebsvertrag, Vertrag über die Aufführung musikdramatischer Werke	1688
1. Überblick	1688
2. Vertragsinhalt	1689

Inhalt

3. Sekundäre Urheberrechtsverträge	1690
IV. Vertrag über die mechanische Vervielfältigung und Sendung anderer Werke	1690
V. GEMA-freie Musik/Copyleft	1691
VI. Filmmusikvertrag	1692
VII. Kooperationen unter/mit Musikverlegern	1695
1. Editionsvertrag	1695
2. Subverlag	1696
3. Co-Verlag	1697
4. Administrationsvereinbarung	1698
VIII. Werbenutzung	1698
IX. Ausblick	1699
§ 75 Tonträgerherstellungsverträge und benachbarte Musikverträge	1700
A. Einführung	1702
I. Beteiligte	1703
1. Ausübende Künstler	1703
2. Tonträgerhersteller	1703
3. Weitere Beteiligte	1704
II. Überblick über die vertraglichen Gestaltungen	1704
1. Verträge mit ausübenden Künstlern	1704
2. Verträge mit Producern und Tonträgerherstellern	1704
3. Verträge im Veranstaltungs- und Managementbereich	1705
B. Künstlerverträge	1705
I. Künstlerexklusivverträge	1705
1. Vertragsgegenstand	1705
2. Rechkatalog	1706
3. Räumlicher und zeitlicher Umfang der Rechtseinräumung	1708
4. Ausschließlichkeit der Rechtseinräumung	1709
5. Auswertungspflicht	1709
6. Gegenleistung	1712
7. Ausgewogenheit von Leistung und Gegenleistung	1714
8. Vertragsdauer	1717
II. Künstlerquittungen	1718
III. Produzerverträge	1719
1. Vertragsgegenstand	1719
2. Rechkatalog	1719
3. Ausschließlichkeit der Rechtseinräumung	1720
4. Auswertungspflicht	1720
5. Gegenleistung	1720
6. Vertragsdauer	1721
IV. Remixverträge	1721
1. Vertragsgegenstand	1721
2. Gegenleistung	1721
3. Rechteclearing	1721
C. Bandübernahme- und Labelverträge	1723
I. Bandübernahmeverträge	1723
1. Vertragsgegenstand	1723
2. Ausschließlichkeit der Rechtseinräumung	1723
3. Räumlicher und zeitlicher Umfang der Rechtseinräumung	1724
4. Gegenleistung	1724
5. Mechanische Vervielfältigungsgebühr	1725
6. Marketingleistungen	1725
7. Vertragsdauer	1725
8. Künstlerbrief	1725
II. Labelverträge	1726
1. Vertragsgegenstand	1726
2. Kontrollrechte des Labelinhabers	1727
3. Gegenleistung	1727
4. Rechklausel	1727

Inhalt

D. Vertriebsverträge	1728
I. Bedeutung und Vertragsgegenstand	1728
II. Vertragsdauer	1729
III. Non-physischer Vertrieb	1729
E. Konzert-, Gastspiel- und Tourneeverträge	1730
I. Konzertverträge	1730
1. Vertragsgegenstand	1730
2. Rechtsnatur	1731
3. Übertragung von Verwertungsbefugnissen	1731
II. Gastspielverträge	1732
III. Tourneeverträge	1732
1. Vertragsgegenstand	1732
2. Verträge mit örtlichen Veranstaltern	1733
IV. Besonderheiten im Bereich der E-Musik	1733
F. Managementverträge	1734
I. Vertragsgegenstand	1734
II. Rechtsnatur	1735
III. Vertretungsbefugnis	1735
IV. Vergütung des Managers	1736
V. Vertragsdauer	1736
VI. Künstleragenturen im Bereich der E-Musik	1736
§ 76 Verträge über Werke der bildenden Kunst	1737
A. Kunstwerkverträge	1739
I. Allgemeines	1739
II. Verträge über Werkoriginale	1740
1. Verkauf	1740
2. Verkauf über den Kunsthandel	1743
3. Ausstellung	1748
4. Gebrauchsüberlassung (Vermietung, Leihe)	1749
5. Auftrag, Bestellung	1752
III. Kunstverlag	1757
1. Allgemeines	1757
2. Vertragsgegenstand	1758
3. Vertragsarten	1758
4. Typische Rechte und Pflichten	1763
IV. Wahrnehmung von Nutzungsrechten	1769
1. Individuelle Wahrnehmung	1770
2. Kollektive Wahrnehmung	1770
B. Designverträge	1773
I. Allgemeines	1773
II. Vertragsgegenstand	1773
1. Arten des Design	1773
2. Urheberrechtsschutz, Designschutz	1774
3. Scheinrechte	1776
4. Ideen, Konzepte, Entwürfe	1777
5. Gemeinsame Verwertung des Designs	1777
III. Vertragsarten	1778
IV. Vertragsvorlagen	1779
1. Musterverträge	1779
2. Tarifvertrag	1780
3. Allgemeine Geschäftsbedingungen	1781
V. Zweistufenvertrag	1781
1. Erste Stufe, Auftrag für ein Design	1782
2. Zweite Stufe, Nutzung des Designs	1783
3. Sinn und Zweck des Vertrages	1783
VI. Typische Rechte und Pflichten	1785
1. Geheimhaltungspflicht	1785
2. Vertragsgegenstand	1786

Inhalt

3. Herstellung und Ablieferung des Designs	1786
4. Eigentum, Rückgabepflicht	1787
5. Mängel	1787
6. Rechtseinräumung	1788
7. Rechtsgarantie, Haftung	1789
8. Besonderheiten bei Designrechten	1789
9. Produktionsüberwachung, Betreuung, Verbesserungen	1790
10. Enthaltungspflicht, Wettbewerbsverbot, Treuepflicht	1790
11. Auswertungspflicht, Rückrufsrecht	1791
12. Urhebernennung	1792
13. Belegexemplare	1792
14. Vergütung	1792
15. Abrechnung	1793
16. Vertragsdauer, Vertragsbeendigung	1794
VII. Verträge mit Arbeitnehmern	1795
VIII. Wahrnehmung von Rechten	1796
1. Individuelle Wahrnehmung	1796
2. Kollektive Wahrnehmung	1797
IX. Verträge zwischen Designern und anderen Beteiligten	1798
1. Gemeinschaftszweck, Gegenstand	1798
2. Entscheidungsbefugnis	1799
3. Arbeitsleistung, Arbeitsergebnis	1799
4. Verwertung	1799
§ 77 Verträge über Werke der Baukunst	1800
A. Verträge mit Architekten	1802
I. Allgemeines	1802
II. Vertragsgegenstand	1802
1. Arten der Baukunst	1802
2. Ideen, Konzepte, Entwürfe, Stilrichtungen	1804
3. Urheberrechtsschutz, Designschutz	1804
4. Scheinrechte	1804
III. Vertragsarten, Vertragsmuster	1805
IV. Werkvertrag, Lizenzvertrag	1806
1. Ausübung des Nachbaurechts durch den Architekten	1806
2. Keine Rechtseinräumung auf Grund der HOAI	1807
3. Stillschweigende Rechtseinräumung nach dem Vertragszweck	1810
V. Typische Rechte und Pflichten	1823
1. Herstellung und Ablieferung des Werkes	1823
2. Mängel	1823
3. Wahrung der Urheberrechte, Rechteevorbehalte	1824
4. Designrechte	1824
5. Geheimhaltungspflicht	1825
6. Veröffentlichungsrecht	1825
7. Änderungs- und Entstellungsverbot	1825
8. Rechtseinräumung	1825
9. Gebrauchsüberlassung (Vermietung, Leihe)	1826
10. Weitere Nutzungsrechte	1826
11. Rechtsgarantie	1827
12. Enthaltungspflicht	1827
13. Ausübungspflicht	1827
14. Rückrufsrecht	1827
15. Eigentum an Unterlagen	1827
16. Zugangsrecht	1828
17. Urhebernennung	1828
18. Vergütung	1828
19. Kündigung	1830
VI. Verträge mit Arbeitnehmern	1831
VII. Verträge unter Architekten	1831

Inhalt

B. Verträge mit Filmarchitekten	1832
C. Verträge mit Bühnenbildnern	1833
I. Gegenstand	1833
II. Vertragsart	1833
III. Einräumung von Nutzungsrechten	1834
D. Wahrnehmung von Rechten	1835
I. Allgemeines	1835
II. Wahrnehmung von Rechten der Architekten	1836
III. Wahrnehmung von Rechten der Filmarchitekten	1836
IV. Wahrnehmung von Rechten der Bühnenbildner	1836
§ 78 Bühnenverträge	1837
A. Übersicht und Grundlagen des Bühnenrechts	1839
B. Das Bühnenwerk	1841
C. Beteiligte Parteien	1844
I. Urheber von Bühnenwerken	1844
II. Bühnenverlage (Musikverlage)	1844
III. Der Bühnenregisseur	1847
IV. Schauspieler, Musiker, Sänger, Tänzer	1847
V. Sonstige Bühnenkünstler, künstlerisch mitwirkende Bühnenmitglieder	1848
VI. Technische Angestellte mit künstlerischer Tätigkeit	1848
VII. Bühnenunternehmen (Theater)	1849
VIII. Tourneetheater und -veranstalter	1850
IX. Konzert- und sonstige Veranstalter	1851
D. Urheberrechtliche Beziehungen im Bühnenrecht	1851
I. Das Aufführungsrecht	1851
II. Verträge der Urheber mit Bühnenverlagen (Musikverlagen)	1853
1. Gegenstand und Rechtsnatur	1853
2. Pflichten des Urhebers	1854
3. Pflichten des Bühnenverlages (Musikverlages)	1855
4. Weitere vertragliche Regelungen, Kündigung, Rückruf	1857
III. Verträge der Urheber unmittelbar mit den Bühnen	1858
1. Auftragswerke	1859
2. Choreographische Werke	1859
IV. Der Bühnenaufführungsvertrag	1862
1. Gegenstand und Rechtsnatur	1862
2. Vertragsgestaltung (frühere Regelsammlung Bühne)	1864
2a. Aktuelle Vertragsgestaltung (Rahmenvereinbarung Bühne)	1865
3. Individuelle Regelungen	1866
V. Besondere Aufführungsverträge	1867
1. Der Gastspielvertrag	1868
2. Der Tournee-Veranstaltungsvertrag	1868
3. Der Tournee-Aufführungsvertrag	1869
VI. Rechtsbeziehungen zwischen mehreren Urhebern von Bühnenwerken	1869
VII. Verträge mit Bühnen-, Kostüm- und Maskenbildnern	1871
E. Verträge mit Bühnenkünstlern und -mitgliedern mit künstlerischer Tätigkeit	1873
I. Allgemeines	1873
II. Leistungsschutz	1875
1. Ausübende Künstler	1875
2. Inhalt des Leistungsschutzrechts	1875
3. Verfügung über die Nutzungsrechte	1877
III. Bühnenarbeitsverträge nach den Tarifverträgen	1879
1. Das Tarifvertragssystem	1880
2. Beschäftigungsanspruch, Nebentätigkeit	1880
3. Mitwirkungspflicht und damit verbundene Vertragsbedingungen	1881
4. Nichtverlängerung und Kündigung	1883
5. Bühnenschiedsgerichtsbarkeit	1884

Inhalt

IV. Individuelle Verträge mit Bühnenkünstlern	1885
1. Darstellerverträge ohne Tarifvertragsbindung	1886
2. Verträge mit Regisseuren und anderen Bühnenkünstlern	1886
3. Stückverträge	1887
4. Gastspielverträge	1887
5. Tourneeverträge	1888
§ 79 Verträge über Lichtbildwerke und Lichtbilder	1888
A. Überblick, Bedeutung, Grundfragen	1889
B. Verträge mit Bildagenturen	1891
I. Verträge zwischen Fotografen und Bildagenturen	1891
1. Bildagenturvertrag	1891
2. Rechtseinräumung	1892
3. Honorar und Abrechnung	1893
4. Ausübung der urheberpersönlichkeitsrechtlichen Befugnisse	1894
5. Sonstige Rechte und Pflichten der Agentur und des Fotografen	1895
6. Verhältnis zur VG Bild-Kunst	1897
7. Beendigung des Vertrages	1898
II. Verträge zwischen Bildagenturen und Verwertern	1898
1. Klassischer Geschäftsablauf	1899
1.1 Online-Bildvertrieb	1899
2. Rechtsnatur der Vertragsbeziehung und Allgemeine Geschäftsbedingungen	1899
3. Eingeräumte Nutzungsrechte	1902
4. Die Übersicht der marktüblichen Vergütungen für Bildnutzungsrechte der Mittelstandsgemeinschaft Foto-Marketing	1902
5. Pauschalierter Schadensersatz	1904
C. Verträge zwischen Fotografen und Verwertern	1905
I. Auftragsproduktionen	1906
1. Rechtsnatur	1906
2. Einräumung von Nutzungsrechten	1906
3. Sonstige Vereinbarungen	1909
II. Illustrationsaufträge	1910
1. Illustrationsverträge	1911
2. Bildnisbestellungen	1912
3. Archivbestellungen	1914
III. Fotografischer Kunstverlag	1914
1. Rechtsnatur	1914
2. Einräumung von Nutzungsrechten	1914
3. Honorar	1915
IV. Verträge über Originale	1916
1. Ausstellungsverträge	1916
2. Galerieverträge	1916
3. Kaufverträge über Original-Fotografien	1917
V. Filmeinzelbilder	1917
D. Tarifverträge und Arbeitnehmerurheberrecht	1918
I. Vergütungstarifvertrag Design	1919
1. Allgemeines	1919
2. Nutzungsrechtseinräumung	1919
3. Vergütung	1919
4. Sonstige Bestimmungen	1920
II. Tarifvertrag für arbeitnehmerähnliche freie Journalisten	1920
1. Allgemeines	1920
2. Nutzungsrechtseinräumung	1920
3. Honorar	1921
III. Manteltarifverträge für redaktionell angestellte Fotografen	1921
1. Allgemeines	1921
2. Rechtseinräumung	1921
3. Vergütung	1922

Inhalt

IV. Tarifvertrag für auf Produktionsdauer beschäftigte Film- und Fernsehschaffende	1923
V. Arbeitsverträge ohne Tarifvertrag	1923
E. Wahrnehmungsvertrag mit der Verwertungsgesellschaft Bild-Kunst	1924
I. Allgemeines	1924
II. Rechtswahrnehmung	1924
§ 80 Filmverträge	1925
A. Arten von Filmverträgen	1927
B. Der Rechtserwerb an vorbestehenden Werken	1927
I. Die Arten von vorbestehenden Werken	1927
II. Urheber- und Leistungsschutzrechte	1928
III. Die Inhaber der Rechte an den vorbestehenden Werken	1928
IV. Begriff des Verfilmungsvertrages	1930
V. Formbedürftigkeit des Verfilmungsvertrages	1931
VI. Inhalt des Verfilmungsvertrages	1932
1. Mindestinhalt	1932
2. Rechtseinräumungsvermutung des § 88 Abs. 1 UrhG	1932
3. Inhalt des Verfilmungsvertrages in der Praxis	1935
4. Besonderheiten des Filmmanuskriptvertrages	1967
5. Besonderheiten des Filmmusikvertrages	1969
C. Der Erwerb der Nutzungsrechte vom Filmurheber	1970
I. Das Filmurheberrecht und dessen Inhaber	1970
II. Inhalt des Vertrages zwischen Filmurheber und Produzenten	1971
1. Allgemeines	1971
2. Form	1972
3. Inhalt des Mitwirkungsvertrages	1972
4. Besonderheiten auf Grund Tarifvertragsrechts	1984
D. Der Erwerb der Rechte von den ausübenden Künstlern	1985
I. Die ausübenden Künstler beim Filmwerk	1985
II. Der Mitwirkungsvertrag mit dem ausübenden Künstler	1986
1. Allgemeines	1986
2. Die Rechtseinräumungsvermutung des § 92 UrhG	1987
3. Der ausübende Künstler in Arbeitsverhältnissen § 79 Abs. 2a UrhG iVm § 43	1988
4. Typische Abreden im Mitwirkungsvertrag mit dem ausübenden Künstler	1989
E. Der Filmhersteller als Lizenzgeber	1994
I. Der Filmverleihvertrag	1995
1. Gegenstand und Arten des Filmverleihvertrages	1995
2. Form des Verleihvertrages	1996
3. Inhalt des Filmverleihvertrages	1996
II. Der Video- und VoD-Lizenzvertrag	2014
1. Gegenstand des Video- und VoD-Lizenzvertrages	2014
2. Inhalt des Video- und VoD-Lizenzvertrages	2015
III. Der Weltvertriebsvertrag	2022
1. Sinn und Aufgabe des Weltvertriebsvertrages	2022
2. Inhaltliche Besonderheiten des Weltvertriebsvertrages	2022
§ 81 Sendeüberträge	2026
A. Einleitung	2029
B. Übersicht zu den Vertragsarten zum Erwerb und zur Veräußerung von Programmrechten	2031
C. Der Rechtserwerb durch Fernsehunternehmen	2035
I. Fernsehlizenzverträge	2035
1. Der Begriff des Fernsehlizenzvertrages	2035
2. Rechtsnatur und Pflichten des Fernsehlizenzvertrages	2035
3. Fernsehlizenzverträge und AGB	2037
4. Formbedürftigkeit	2038
5. Inhalt des Fernsehlizenzvertrages	2038

Inhalt

II. Produktionsverträge mit Fernsehunternehmen	2053
1. Auftragsproduktionsverträge	2053
2. Produktionsvorbereitungsverträge	2062
3. Entwicklungsverträge	2063
4. Fernsehkoproduktionsverträge	2064
III. Die Mitwirkungsverträge bei Eigen- und Auftragsproduktionen der Fernsehunter- nehmen	2068
1. Grundsätzliches zu Mitwirkungsverträgen bei Eigen- und Auftragsproduk- tionen	2068
2. Die Vertragspraxis bei Mitwirkungsverträgen in den Eigenproduktionen der Fernsehunternehmen	2081
3. Mitwirkungsverträge bei privaten Rundfunkunternehmen	2087
4. Gemeinsame Vergütungsregeln für Auftragsproduktionen für TV-Veranstalter	2087
IV. Der Rechtserwerb von Verwertungsgesellschaften	2095
1. Der Rechtserwerb von der GEMA	2095
2. Der Rechtserwerb von der GVL	2100
V. Sendeverträge des Fernsehens der DDR	2100
1. Anwendbares Recht	2101
2. Geschützte Werke	2101
3. Geltung des Schöpferprinzips	2102
4. Übertragung von Nutzungsrechten an den in der DDR hergestellten Film- und Fernsehwerken von Urhebern an das Fernsehen der DDR	2102
5. Übertragung von Senderechten von Filmherstellern an das Fernsehen der DDR	2104
6. Übergang der Senderechte des DDR-Fernsehens auf ORB, MDR und SFB	2105
D. Das Fernsehunternehmen als Lizenzgeber	2106
I. Einräumung der Kabelweitersenderechte	2107
1. Einführung	2107
2. Kabeleinspeisungsverträge	2108
3. Kabelglobalverträge	2109
II. Übertragung von Rechten zur Wahrnehmung an Verwertungsgesellschaften	2110
1. Die VFF	2111
2. Die GWFF	2112
3. Die VGF	2113
4. Die VG Media	2113
§ 82 Verträge über Computerprogramme	2114
A. Gestaltungsformen urheberrechtlicher Softwareverträge	2117
I. Grundlagen	2117
1. Vertragstypologische Einordnung von Softwarelizenzverträgen	2118
2. Geltung der urhebervertraglichen Regelungen bei Softwarelizenzverträgen	2120
3. Zulässigkeit von Buy-Out-Klauseln in Softwarelizenzverträgen	2122
4. Kartellrechtliche Grenzen	2123
5. Internationale Aspekte	2126
II. Vertragstypen	2126
1. Kaufvertrag über Standardsoftware	2126
2. Lizenzvertrag	2131
3. Cloud-Computing	2149
4. GRID-Computing	2156
5. Vertriebsvertrag über Standardsoftware	2158
6. Software-Entwicklungsverträge (Individualsoftware)	2166
7. Software-Pflegeverträge	2182
8. Quellcode-Sicherungsverträge – „Escrow“	2193
III. Public-Domain-Software, Freeware, Shareware und Open Source-Lizenzen	2198
1. Freeware und Shareware	2198
2. Open Source Lizenzen	2201

Inhalt

§ 83 Datenbankverträge	2219
A. Einführung	2219
B. Übersicht über die Rechtsgrundlagen	2220
I. Datenbankwerke, geschützte Datenbanken und ungeschützte Datensammlungen	2220
II. Schutz der Bestandteile einer Datenbank	2221
C. Verträge mit dem Endnutzer der Datenbank	2222
I. Nutzungsvertrag über eine elektronische Datenbank	2224
1. Vervielfältigungsrecht	2225
2. Verbreitungsrecht	2226
3. Bearbeitungsrecht	2227
4. Weitere Ausgestaltung der Nutzungsrechte	2228
5. Ausschluss sonstiger Nutzungsrechte	2228
II. Nutzungsvertrag über eine nicht elektronische Datenbank	2229
D. Verträge mit einem Vertreter der Datenbank	2229
I. Vervielfältigungsrecht	2230
II. Öffentliches Zugänglichmachen	2230
III. Verbreitungsrecht	2231
IV. Bearbeitungsrecht	2231
E. Vollständige Rechtsübertragung an einer Datenbank	2232
F. Verträge in Vorbereitung der Datenbankerstellung	2232
I. Einholung benötigter Rechte	2232
II. Rechtserwerb von Arbeitnehmern	2234
III. Verträge über die Erstellung einer Datenbank	2234
§ 84 Merchandisingverträge	2235
A. Übersicht	2236
I. Begriff und Gegenstand von Merchandisingverträgen	2237
II. Entwicklung des Merchandising	2239
B. Merchandising in der Praxis	2239
I. Marktdaten	2239
II. Merchandising-Objekte als Vertragsgegenstände	2240
III. Formen der Merchandising-Auswertung	2240
C. Schutzrechte an Merchandising-Objekten	2241
I. Urheberrechtsschutz	2241
II. Leistungsschutzrechte	2242
III. Designschutz	2243
IV. Markenschutz	2243
V. Titelschutz und Schutz als geschäftliche Bezeichnung	2244
VI. Wettbewerbsschutz	2245
VII. Persönlichkeitsrechtlicher Schutz	2246
D. Vertragstypen im Merchandisinggeschäft	2247
I. Übersicht	2247
II. Der Standardmerchandising-Lizenzvertrag	2248
III. Der Merchandising-Agenturvertrag	2248
IV. Merchandisingregelungen in Künstler-, Schauspieler- und Verfilmungsverträgen	2249
E. Der Inhalt von Merchandisingverträgen	2250
I. Vertragsparteien	2250
II. Vertragsgegenstand	2250
III. Berechtigung des Lizenzgebers	2251
IV. Rechtseinräumung	2251
V. Aufgaben des Lizenznehmers	2252
VI. Genehmigungsvorbehalt für Vertragsartikel, Qualitätskontrolle, Belegexemplare	2252
VII. Freistellung des Lizenzgebers von Produkthaftungsrisiken	2252
VIII. Gegenleistung	2252
IX. Bucheinsichtsrechte	2253
X. Nennung des Lizenzgebers; Schutzrechthinweis	2253
XI. Gemeinsame Rechtsverteidigung	2253
XII. Vertragsdauer und Kündigung	2254

3. Teil. Urheberrechtliche Ansprüche und ihre Durchsetzung

1. Kapitel. Zivilrechtliche Ansprüche

1. Abschnitt. Vertragliche Ansprüche

§ 85 Vertragliche Ansprüche	2255
A. Allgemeines	2256
I. Urhebervertragsrecht	2256
II. Der Verwertungsvertrag als Grundlage vertraglicher Ansprüche	2256
B. Ansprüche des Werkverwerters	2257
I. Der Anspruch auf Herstellung des Werks	2257
II. Der Anspruch auf Rechtseinräumung	2258
III. Gewährleistungsansprüche	2259
IV. Unterlassungsansprüche	2260
1. Die Enthaltungspflicht des Urhebers	2260
2. Vertragliche Wettbewerbsverbote	2261
C. Ansprüche des Urhebers	2261
I. Der Anspruch auf Vervielfältigung und Verbreitung	2261
II. Der Anspruch auf angemessene Vertriebsbemühungen	2263
III. Der Anspruch auf Vergütung	2263
1. Gesetzlich abgesicherter Vertragsanspruch	2263
2. Inhalt des Anspruchs	2263
IV. Der Anspruch auf Rechnungslegung	2264

2. Abschnitt. Verletzungsansprüche

§ 86 Ansprüche aus Verletzung des Urheber- oder Leistungsschutzrechts	2265
A. Hintergrund	2267
B. Übersicht	2267
I. Gegenstand der Rechtsverletzung	2267
II. Verletzungshandlung, Kausalität und Zurechnungszusammenhang	2268
III. Rechtswidrigkeit	2269
IV. Territorialer Schutzzumfang	2270
V. Aktiv- und Passivlegitimation	2270
1. Übersicht	2270
2. Aktivlegitimation	2271
3. Passivlegitimation	2278
C. Der Unterlassungsanspruch	2307
I. Übersicht zum Anspruchsinhalt	2307
II. Wiederholungsgefahr	2309
III. Erstbegehungsgefahr	2311
D. Der Beseitigungsanspruch	2312
E. Der Schadensersatzanspruch	2314
I. Übersicht	2314
II. Tatbestandliche Voraussetzungen	2314
1. Tatbestandsmäßiges und rechtswidriges Verhalten	2314
2. Verschulden	2314
III. Berechnung des materiellen Schadens	2316
1. Naturalrestitution und Geldentschädigung	2316
2. Konkreter Schaden und entgangener Gewinn	2317
3. Angemessene Lizenzgebühr	2319
4. Herausgabe des Verletzergewinns	2321
IV. Ersatz des immateriellen Schadens (§ 97 Abs. 2 S. 4 UrhG)	2323
F. Ansprüche auf Auskunftserteilung und Rechnungslegung	2324
G. Ansprüche außerhalb des Urheberrechtsgesetzes	2326
I. Der Bereicherungsanspruch (§§ 812 ff. BGB)	2326
II. Unechte Geschäftsführung ohne Auftrag (§ 687 Abs. 2 BGB)	2328

Inhalt

III. Der deliktsrechtliche Anspruch (§§ 823 ff. BGB)	2329
IV. Der wettbewerbsrechtliche Anspruch (§§ 8 ff. UWG)	2329
H. Ansprüche auf Vernichtung, Rückruf und Überlassung (§ 98 UrhG)	2329
I. Übersicht	2329
II. Der Vernichtungsanspruch (§ 98 Abs. 1 UrhG)	2331
III. Der Anspruch auf Rückruf (§ 98 Abs. 2 UrhG)	2331
IV. Der Überlassungsanspruch (§ 98 Abs. 3 UrhG)	2331
V. Vorrichtungen (§ 98 Abs. 1 und Abs. 5 UrhG)	2332
I. Das Verwertungsverbot (§ 96 UrhG)	2332
J. Das Ablösungsrecht (§ 100 UrhG)	2336
K. Der Anspruch auf Urteilsveröffentlichung (§ 103 UrhG)	2338
L. Verjährung (§ 102 UrhG)	2339
§ 87 Ansprüche aus der Verletzung technischer Schutzmaßnahmen	2341
A. Grundlagen	2341
I. Keine spezielle Regelung	2341
II. Anwendbarkeit der §§ 97 ff. UrhG	2342
B. Unterlassungsanspruch	2344
C. Schadensersatz- und Bereicherungsanspruch	2344
I. Schadensersatzanspruch	2344
1. Verschulden	2344
2. Umfang des Schadens	2345
II. Bereicherungsanspruch gem. § 102a UrhG, §§ 812 ff. BGB	2347
D. Vernichtung, Rückruf und Überlassung	2347
I. Vernichtung, Rückruf und Überlassung von Vervielfältigungsstücken wegen Verstoßes gegen §§ 95a, c UrhG	2347
II. Vernichtung von Vorrichtungen wegen Verstoßes gegen §§ 95a, c UrhG	2349
E. Auskunftsanspruch	2350
F. Sonstige Ansprüche	2351
I. Verletzung von Urheberrechten oder verwandten Schutzrechten	2351
II. Ansprüche aus sonstigen Vorschriften	2351
G. Aktiv- und Passivlegitimation	2352
I. Aktivlegitimation	2352
II. Passivlegitimation	2353
§ 88 Ansprüche aus der Verletzung anderer Immaterialgüterrechte	2354
A. Markenrecht	2355
I. Überblick und Bedeutung	2355
II. Schutz der Marken	2356
1. Schutzgegenstand – Markenarten	2356
2. Markenformen	2357
3. Entstehung und Erlöschen des Schutzes	2358
4. Reichweite des Schutzes und Verletzungstatbestände	2361
5. Schutzzinhalt und Ansprüche aus dem Markenrecht – Erschöpfung	2364
6. Zusammentreffen von Marken- und Urheberrechtsverletzung	2365
7. Abgrenzung zwischen markenrechtlichem Schutz und urheberrechtlicher Gemeinfreiheit	2369
III. Schutz des Werktitels	2372
1. Aktiver Titelschutz	2372
2. Passiver Titelschutz	2376
B. Designrecht	2378
I. Überblick und Bedeutung	2378
II. Entstehung des Schutzes und Schutzdauer	2379
III. Schutzfähigkeit	2381
IV. Reichweite des Schutzes, Verletzungstatbestände, Erschöpfung	2384
V. Abgrenzungsfragen zum Urheberrecht	2386

Inhalt

§ 89 Wettbewerbsrechtliche Ansprüche	2388
A. Voraussetzungen wettbewerbsrechtlicher Ansprüche	2389
B. Arten wettbewerbsrechtlicher Ansprüche	2392
I. Unterlassungsanspruch	2392
II. Beseitigungsanspruch	2395
III. Schadensersatzanspruch	2396
IV. Anspruch aus Auskunft und Rechnungslegung	2397
V. Sonstige Ansprüche	2397

3. Abschnitt. Gesetzliche Vergütungsansprüche

§ 90 Übersicht zu den gesetzlichen Vergütungsansprüchen	2398
A. Wesen, Zweck und Bedeutung gesetzlicher Vergütungsansprüche	2399
B. Fälle gesetzlicher Vergütungsansprüche	2400
C. Verzicht und Vorausabtretung (§ 63a UrhG)	2400
I. Zweck und Bedeutung der Norm	2400
II. Entstehungsgeschichte	2400
III. Anwendungsbereich	2401
IV. Verbot des Vorausverzichts	2401
V. Beschränkung der Vorausabtretung	2402
1. Vorausabtretung an Verwertungsgesellschaften	2402
2. Vorausabtretung an Verleger	2403
D. § 63a UrhG und die Verteilungspraxis der Verwertungsgesellschaften	2404

§ 91 Vergütung für Vervielfältigungen zum eigenen Gebrauch	2406
A. Überblick	2407
B. Vergütungsanspruch	2409
I. Vergütungsanspruch gegenüber Herstellern von Geräten und Speichermedien (§ 54 UrhG)	2410
1. Vergütungspflichtige Werke	2410
2. Vergütungspflichtige Geräte und Speichermedien	2411
3. Entfallen der Vergütungspflicht (§ 54 Abs. 2 UrhG)	2412
II. Vergütungsanspruch gegenüber Importeuren und Händlern (§ 54b UrhG)	2413
III. Vergütungsanspruch gegenüber Betreibern von Ablichtungsgeräten (§ 54c UrhG)	2414
1. Vergütungspflichtige Werke	2415
2. Der Vergütungspflicht unterliegende Geräte	2415
3. Vergütungspflichtige Einrichtungen	2416
4. Reformüberlegungen	2417
C. Vergütungshöhe	2418
I. Übersicht	2418
II. Herstellervergütung	2418
III. Betreibervergütung	2421
D. Hinweis-, Melde- und Auskunftspflichten, Kontrollbesuche	2421

§ 92 Die Vermiet- und Verleihtantieme	2422
A. Übersicht	2423
B. Rechtentwicklung	2424
I. Die Rechtslage vor dem UrhG	2424
II. Die Rechtslage nach dem UrhG von 1965	2424
III. Die Rechtslage nach dem 1. Urheberrechtsänderungsgesetz (1972)	2425
IV. Die Änderungen durch das 3. Urheberrechtsänderungsgesetz (1995)	2427
V. Elektronisches „Vermieten“ und „Verleihen“	2428
C. Die Vermietantieme	2429
I. Vermietung	2430
II. Bild- oder Tonträger	2431
D. Die Verleihtantieme („Bibliothekstantieme“)	2432
I. Verleihen	2433
II. Anspruch auf angemessene Vergütung	2434

Inhalt

E. Anwendung des Schutzes auf die Leistungsschutzberechtigten	2435
I. Vermietrecht	2435
II. Vergütungsansprüche	2436
1. Ausübende Künstler	2436
2. Tonträger- und Filmhersteller	2436
3. Datenbankhersteller	2436
4. Sendeunternehmen	2437
F. Die Wahrnehmung der Ansprüche von Urhebern und Leistungsschutzberechtigten in der Praxis	2437
I. CD-Vermietung	2437
II. Video-Vermietung	2437
III. Vermietung von Printwerken	2438
IV. Verleih von Büchern, Noten, Tonträgern und Filmen	2438
V. Verleih von Computerprogrammen	2440
VI. Zukunft der Vermiet- und Verleihtantieme	2440
§ 93 Das Folgerecht	2441
A. Grundlagen des Folgerechts	2441
B. Die gesetzliche Regelung des Folgerechts	2443
I. Die Regelung in Deutschland und die Harmonisierung in der EU	2443
II. Die Wahrnehmung des Folgerechts	2444
1. Der Begriff des Originals	2444
2. Die dem Folgerecht unterfallenden Verkaufsfälle	2445
3. Abgabesatz	2446
4. Unverzichtbarkeit	2446
5. Auslandsbezug	2447
6. Individuelle und kollektive Wahrnehmung	2447
7. Inländerbehandlung oder Reziprozität	2447
C. Das Folgerecht in Deutschland in der Praxis	2448
§ 94 Sonstige Vergütungsansprüche	2449
A. Überblick	2449
B. Vergütungspflicht für Nutzungen zugunsten von Menschen mit Behinderung (§§ 45a Abs. 2, 45c Abs. 4 UrhG)	2451
C. Vergütungspflicht für Sammlungen für den religiösen Gebrauch (§ 46 Abs. 4 UrhG)	2452
D. Vergütungspflicht für Pressespiegel (§ 49 Abs. 1 S. 2 UrhG)	2453
E. Vergütungspflicht für die öffentliche Wiedergabe bei Veranstaltungen (§ 52 Abs. 1 S. 2 und Abs. 2 S. 2 UrhG)	2454
F. Vergütungspflicht für Nutzungen für Unterricht und Wissenschaft (§ 60h UrhG)	2456
G. Vergütungspflicht für die Nutzungen verwaister Werke (§ 61b S. 2 UrhG)	2458
H. Vergütungspflicht für Presseschauverwendungen (§ 49 Abs. 1, S. 2 UrhG)	2458
I. Pflicht zur Zahlung einer angemessenen Vergütung	2458
II. Verwertungsgesellschaftenpflicht	2459
III. Angemessene Vergütung und Vergütungstarife	2459
1. Sprachwerke	2459
2. VG Wort	2459
3. VG Bild-Kunst	2459
IV. Vergütung für elektronische Pressespiegel	2460
I. Vergütungspflicht für zugelassene Veranstaltungswiedergaben (§ 52 Abs. 1 und 2 UrhG)	2461
I. Pflicht zur Zahlung einer angemessenen Vergütung	2461
1. Fälle der öffentlichen Wiedergabe	2461
2. Kirchliche Veranstaltungen	2462
3. Lied- und Gebetstexte	2463
II. Keine Verwertungsgesellschaftenpflicht	2463
III. Angemessene Vergütung und Vergütungstarife der Verwertungsgesellschaften	2463
1. Musikverlage und GEMA	2463
2. VG Musikedition	2465
3. VG-Wort	2465

Inhalt

4. Bühnen- und Musikverleger	2466
5. GVL	2466
6. VG Bild-Kunst.	2466
7. Filmproduzenten und Rundfunkanstalten	2466
IV. Vergütungs- und Zahlungspflichtiger	2466
J. Vergütungspflicht für öffentliches Zugänglichmachen für Unterricht und Forschung, § 52a Abs. 4 UrhG	2467
I. Vergütungspflicht für die Wiedergabe von Werken an elektronischen Leseplätzen § 52b S. 3 und 4 UrhG	2468
II. Vergütungspflicht für Kopienversand auf Bestellung, § 53a Abs. 2 UrhG	2469
III. Vergütung für die Nutzung nichtgewerblicher Art	2470
IV. Vergütungsansprüche für Löschungsunterlassung	2470
1. Vergütungsanspruch für Unterlassen fristgemäßer Löschung nach § 47 Abs. 2 S. 2 UrhG	2471
2. Vergütungsanspruch für Unterlassen unverzüglicher Löschung nach § 56 UrhG	2471

2. Kapitel. Straf- und Bußgeldvorschriften

§ 95 Strafvorschriften	2473
A. Überblick	2476
B. Strafrechtlicher Schutz im Einzelnen	2478
I. Unerlaubte Verwertung urheberrechtlich geschützter Werke (§ 106 UrhG)	2478
1. Objektiver Tatbestand des § 106 UrhG	2478
2. Vorsätzliche Verletzung des Urheberrechts	2487
3. Rechtswidrigkeit der Urheberrechtsverletzung	2488
4. Schuld und schuldausschließender Verbotsirrtum im Urheberrecht	2490
5. Strafmaß und Strafzumessung	2491
6. Strafbarkeit des Erziehungsberechtigten	2493
7. Strafbarkeit des Versuchs	2493
8. Täterschaft und Teilnahme	2493
9. Verjährung urheberrechtlicher Straftaten	2494
II. Strafrechtliche Haftung für Online-Nutzung	2494
1. Strafrechtlicher Schutz gegen die Online-Verwertung	2494
2. Besonderheiten bei Filesharing Netzwerken	2495
3. Besonderheiten beim Streaming	2496
4. Strafrechtliche Verantwortlichkeit im Netz	2497
5. Anwendbarkeit deutschen Urheberstrafrechts	2498
III. Unzulässiges Anbringen der Urheberbezeichnung (§ 107 UrhG)	2500
1. Urheberstrafrechtlicher Schutz gegen Kunstfälschung	2500
2. Die Tatbestände des § 107 UrhG	2501
3. Sonstiges	2503
IV. Unerlaubte Eingriffe in verwandte Schutzrechte (§ 108 UrhG)	2503
1. Tatbestandlicher Schutz des Nachbarrechts (§ 108 UrhG)	2504
2. Gesetzlich zugelassene Fälle	2507
3. Strafmaß	2507
4. Rechtswidrigkeit, Versuch, Verjährung	2507
V. Gewerbsmäßige Verwertung (§ 108a UrhG)	2508
1. Gewerbsmäßigkeit	2508
2. Vorsatz und Irrtum	2508
3. Strafmaß und Versuch	2509
4. Offizialdelikt	2509
VI. Unerlaubte Eingriffe in technische Schutzmaßnahmen und zur Rechtewahrnehmung erforderliche Informationen (§ 108b UrhG)	2509
1. Bedeutung der Vorschrift	2509
2. Umgehung technischer Schutzmaßnahmen, § 108b Abs. 1 Nr. 1 UrhG	2510
3. Verändern oder Entfernen von zur Rechtewahrnehmung erforderlichen Informationen, § 108b Abs. 1 Nr. 2 Buchst. a UrhG	2511

Inhalt

4. Verletzung der für die Rechtswahrnehmung erforderlichen Informationen, § 108b Abs. 1 Nr. 2 Buchst. b UrhG	2512
5. Verwertung zu gewerblichen Zwecken nach § 108b Abs. 2 UrhG	2512
6. Strafmaß	2512
VII. Strafverfahren	2512
C. Österreich und Schweiz	2513
I. Österreich	2513
II. Schweiz	2513
§ 96 Bußgeldvorschriften	2514
A. Überblick	2515
B. Die einzelnen Ordnungswidrigkeiten des § 111a UrhG	2516
I. Objektive Ordnungswidrigkeitentatbestände	2516
1. Verstöße gegen den Schutz technischer Maßnahmen (§ 111a Abs. 1 Nr. 1 UrhG)	2516
2. Verstöße gegen die Durchsetzung von Schrankenbestimmungen (§ 111a Abs. 1 Nr. 2 UrhG)	2518
3. Verstöße gegen Kennzeichnungspflichten (§ 111a Abs. 1 Nr. 3 UrhG)	2518
II. Subjektiver Tatbestand	2519
III. Kinder und Jugendliche	2519
IV. Rechtswidrigkeit, Irrtum, Schuld, Verjährung	2519
C. Geldbußen	2520
I. Repressiver Charakter der Geldbuße	2520
II. Höhe der Geldbuße	2520
1. Verstöße gegen den Schutz technischer Maßnahmen (§ 111a Abs. 1 Nr. 1 Buchst. a und Buchst. b UrhG)	2520
2. Verstöße gegen die Durchsetzung von Schrankenbestimmungen (§ 111a Abs. 1 Nr. 2, Abs. 2 UrhG)	2521
3. Verstöße gegen Kennzeichnungspflichten (§ 111a Abs. 1 Nr. 3, Abs. 2 UrhG)	2521
4. Bei der Bußgeldfestsetzung zu berücksichtigende Umstände	2521
D. Keine Beseitigung und Vernichtung	2521

3. Kapitel. Rechtsdurchsetzung und Verfahren

1. Abschnitt. Zivilverfahren

§ 97 Zuständigkeit der Gerichte und anwaltliche Vertretung	2523
A. Rechtsweg	2523
I. Ordentlicher Rechtsweg	2523
II. Schiedsgerichtsbarkeit	2525
B. Sachliche und funktionelle Zuständigkeit	2525
C. Örtliche Zuständigkeit	2528
I. Allgemeine Zuständigkeitsregeln	2528
II. Private Handlungen natürlicher Personen	2529
III. Gerichtsstand des Tatortes	2530
1. Begangene und drohende Handlungen	2530
2. Fliegender Gerichtsstand	2532
3. Forum-Shopping	2533
4. Zuständigkeit bei der Geltendmachung von vertraglichen Unterlassungsansprüchen, Vertragsstrafen oder Abmahnkosten	2534
D. Anwaltliche Vertretung	2535
E. Internationale Zuständigkeit	2536
I. Urheberrechtsstreitigkeiten mit Auslandsbezug	2536
II. Anwendbares Recht	2538

Inhalt

§ 98 Einstweilige Verfügung	2540
A. Übersicht	2542
B. Besonderheiten im einstweiligen Verfügungsverfahren	2543
I. Glaubhaftmachung	2543
II. Schutzschrift	2544
C. Zuständigkeit	2545
D. Verfügungsgrund	2546
I. Allgemeine Voraussetzungen	2546
1. Einreichungsbefugnis	2546
2. Dringlichkeit	2547
3. Widerlegung der Dringlichkeit	2547
E. Verfügungsanspruch	2549
I. Unterlassungsanspruch	2549
1. Konkretisierungsgebot	2549
2. „Insbesondere“-Anträge	2550
3. Beispiele für die Antragsfassung nach Werkgattungen	2551
4. Ordnungsmittelantrag	2552
5. Rückrufpflicht und vorläufiger Vertriebsstopp	2552
II. Auskunftsanspruch	2554
III. Sequestration	2555
IV. Besichtigungsanspruch	2556
F. Beschlussscheidung	2557
I. Erste Instanz	2557
1. Stattgabe des Antrags	2557
2. Zurückweisung des Antrages	2559
3. Rücknahme des Antrags	2559
II. Zweite Instanz	2559
1. Einlegung der Beschwerde	2559
2. Begründung der Beschwerde	2559
3. Beschwerdeentscheidung	2560
G. Widerspruchsverfahren	2560
I. Einlegung des Widerspruchs und Begründung	2560
II. Terminladung	2561
III. Kostenwiderspruch und Antrag auf Gewährung von Aufbrauchsfristen	2561
1. Kostenwiderspruch	2561
2. Aufbrauchsfrist	2562
H. Abschlusserklärung	2562
I. Urteilsverfügung	2563
I. Erste Instanz	2563
II. Zweite Instanz	2565
III. Zustellung und Vollziehung	2566
1. Beschlussverfügung	2566
2. Urteilsverfügung	2567
3. Heilung der Vollziehung und Versäumung der Vollziehungsfrist	2568
§ 99 Hauptsacheverfahren	2569
A. Übersicht	2569
B. Aktivlegitimation	2572
I. Urheber	2572
II. Lizenznehmer	2574
III. Prozessstandschaft	2575
C. Passivlegitimation	2576
D. Die Klagen	2577
I. Unterlassungsklage	2577
1. Rechtsschutzbedürfnis	2577
2. Antragsformulierung	2579
II. Beseitigungsklage	2581
III. Negative Feststellungsklage	2583

Inhalt

IV. Auskunfts- und Rechnungslegungsantrag	2584
V. Klage auf Vorlage und Besichtigung	2587
VI. Schadensersatzklage	2588
1. Feststellungsklage	2588
2. Bezifferter Schadensersatzantrag	2589
VII. Klage auf Herausgabe der ungerechtfertigten Bereicherung	2591
VIII. Klage auf Vernichtung, Rückruf und Unterlassung	2592
E. Das Verfahren bis zum Urteil	2592
F. Das Urteil	2595
G. Streitwert und Prozesskosten	2596
H. Rechtsmittel	2597
I. Berufung	2597
II. Revision	2599
III. Beschwerde	2599
§ 100 Zwangsvollstreckung, Insolvenz, Bestellung von Sicherheiten	2600
A. Einleitung	2602
I. Parteien und Stufen der Rechtekette	2603
II. Trennung von Verpflichtung und Verfügung	2603
III. Trennung von immateriellem Recht und körperlichen Gegenstand	2603
IV. Urheberrechtliche Vollstreckungs- und Sicherungsgegenstände	2603
V. Schutz der Rechte Dritter	2605
B. Zwangsvollstreckung	2605
I. Grundlagen	2605
II. Vollstreckung von nicht auf Geldzahlung gerichteten Individualforderungen	2607
III. Vollstreckung von Geldforderungen	2608
1. Einschränkung der Zwangsvollstreckung (§§ 113 ff. UrhG)	2608
2. Vollstreckung in Verwertungs-, Nutzungs- und Leistungsschutzrechte	2609
3. Vollstreckung in körperliche Gegenstände	2612
4. Vollstreckung in Geldforderungen und sonstige Ansprüche	2613
IV. Verfahren	2615
1. Zuständigkeit	2615
2. Pfändung und Verwertung	2615
3. Rechtsschutz	2617
C. Insolvenz	2617
I. Einführung	2617
1. Insolvenzverfahren	2618
2. Insolvenzmasse	2620
II. Insolvenz des Urhebers und Nachlassinsolvenz	2621
III. Urheberrechtliche Nutzungsverträge bei Insolvenz einer der Vertragsparteien	2622
1. Im Eröffnungsverfahren	2622
2. Im eröffneten Insolvenzverfahren	2625
IV. Sonstige gegenseitige Verträge	2647
V. Schlussbemerkung	2647
D. Bestellung von Sicherheiten	2647
I. Grundlagen	2648
1. Gegenstände der Sicherung	2648
2. Sicherung in der Vertragspraxis	2648
II. Sicherungsübertragung	2650
1. Inhaltliche Anforderungen	2650
2. Wirksamkeit der Sicherungsübertragung	2653
3. Berücksichtigung ausländischer Rechtsordnungen	2654
4. Verwertung im Sicherheitsfall	2654
III. Vertragspfandrecht	2654
IV. Sicherungsübertragung oder Verpfändung?	2656
V. Insolvenz des Sicherungsgebers	2657
1. Fortbestand der Sicherheit	2657
2. Schutz durch § 108 Abs. 1 S. 2 InsO	2658
3. Verwertung durch den Insolvenzverwalter	2659

Inhalt

2. Abschnitt. Strafverfahren

§ 101 Strafverfahren	2661
A. Überblick	2661
B. Strafverfahrensrechtliche Besonderheiten	2662
I. Strafantrag	2662
1. Antragsberechtigung	2662
2. Inhalt des Strafantrags	2663
3. Fehlende Erforderlichkeit des Strafantrags	2663
II. Öffentliches und besonderes öffentliches Interesse an der Strafverfolgung	2664
III. Besondere Verfahrensarten	2665
1. Strafbefehlsverfahren	2665
2. Beschleunigtes Strafverfahren	2666
3. Privatklageverfahren	2667
4. Nebenklageverfahren	2667
5. Verfahren gegen Jugendliche und Heranwachsende	2668
6. Adhäsionsverfahren	2669
IV. Örtliche und Sachliche Zuständigkeit	2669
1. Örtliche Zuständigkeit	2669
2. Sachliche Zuständigkeit	2670
C. Besondere Rechtsfolgen	2671
I. Strafrechtliche Einziehung (§ 110 UrhG)	2671
II. Bekanntmachung des Strafurteils (§ 111 UrhG)	2672
D. Strafrechtliche Sicherungsmaßnahmen	2673
I. Verfahren nach deutschem Recht (§ 111b UrhG)	2673
1. Allgemeines	2673
2. Antragsverfahren	2674
3. Gerichtliches Verfahren	2675
II. EU-Verordnung 608/2013	2675
E. Sonstiges	2676
I. Beweismittelbeschlagnahme	2676
II. Prozessuale Beweisanforderungen	2677
§ 102 Bußgeldverfahren	2678
A. Einführung	2678
B. Bußgeldverfahren gegen Urheberrechtsverletzungen	2678
I. Verfolgung und Ahndung durch Verwaltungsbehörden	2678
II. Bußgeldbescheid und gerichtliches Verfahren	2679
1. Inhalt des Bußgeldbescheides	2679
2. Örtlich zuständige Verwaltungsbehörde	2679
3. Sachlich zuständige Verwaltungsbehörde	2680
4. Einspruch und gerichtliches Verfahren	2681
5. Vollstreckung des Bußgeldbescheides	2681
Sachregister	2883

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG